


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DIE MIGRATIONSFRAGE IN RUSSLAND

■ ANALYSE	
Russlands »Gastarbajtery«.	
Einwanderung und Migrationspolitik in der Russischen Föderation	2
Alexander Maier, Oxford	
■ ANALYSE	
Neue Grenzen der Migration: Ansichten aus dem Fernen Osten	5
Olga Simonenko, Chabarowsk	
■ TABELLEN ZUM TEXT	
Daten und Umfragen zu Migranten im russischen Fernen Osten	10
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Die Migrationsfrage in den Blogs	14
■ UMFRAGE	
Politisches System und politische Führung Russlands in Umfragen	16
Feinde und Partner Russlands	23
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Regime ohne Zukunft – wie Russland zum Sieger im Ersten Weltkrieg wurde	28
Jens Siegert, Moskau	
■ CHRONIK	
6. – 20. November 2014	30
■ LESEHINWEIS	
Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 8/2014 mit Russlandbezug	33

Russlands »Gastarbajtery«.

Einwanderung und Migrationspolitik in der Russischen Föderation

Alexander Maier, Oxford

Zusammenfassung

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich Russland zu einem Hauptziel für Arbeitsmigranten aus der früheren Sowjetunion entwickelt. Insbesondere aus Zentralasien zieht es jährlich Millionen Menschen auf der Suche nach Arbeit in die Russische Föderation. Die politische Reaktion der russischen Regierung auf diese Entwicklung fällt widersprüchlich aus. Im vorliegenden Beitrag soll die Entstehung der russischen Migrationspolitik nachgezeichnet und kritisch analysiert werden.

Einwanderung als Problem

Nicht nur in der EU stehen migrationspolitische Fragen weit oben auf der politischen Agenda, auch in Russland hat sich die rasant zunehmende Einwanderung zum Politikum entwickelt. Von der obersten Staatsführung bis hinab zu Lokalpolitikern wird hitzig diskutiert, wie man in Russland mit dem Thema Immigration umgehen soll. Angesichts der Dimensionen der Zuwanderung verwundert dies kaum, befinden sich doch laut Schätzungen der Vereinten Nationen rund 11 Millionen Immigranten auf dem Gebiet der Russischen Föderation – eine Zahl, die weltweit nur von den USA übertroffen wird. Der bei weitem größte Teil dieser Einwanderer kommt aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, allen voran den zentralasiatischen Republiken Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan. Ausgelöst wurde diese Migrationswelle dadurch, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zwischen den Nachfolgestaaten ein Großteil der zu sowjetischer Zeit wirksamen Umzugsbeschränkungen wegfiel. Denn wo früher der sowjetische Staatsapparat die freie Wahl des Wohnorts stark einschränkte oder Umsiedlungen gar zwangsweise anordnete, sind die Grenzen heute weitestgehend durchlässig. Ein gültiger Ausweis ist alles, was es braucht, um aus einem tadschikischen Dorf ins 4.000 Kilometer entfernte Moskau zu gelangen. Angesichts dieser niedrigen Hürde verwundert es kaum, dass immer mehr Menschen, vor allem junge Erwachsene, aus der postsowjetischen Peripherie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und ihr Glück in Russland versuchen. Dieser Artikel soll sich mit den politischen und sozialen Dimensionen dieser Entwicklung befassen.

Migration seit dem Ende der UdSSR

Der weitgehende Verzicht auf Einreisebeschränkungen und Visumpflicht innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) war zum Zeitpunkt ihrer Gründung ein bewusstes Kalkül der beteiligten Regierungen. Ein Großteil der Nachfolgestaaten der Sowjet-

union ist multiethnisch, und insbesondere für die russische Regierung war politisch ausschlaggebend, dass sich ein nennenswerter Teil der »Landsleute« mit einem Schlag außerhalb des eigenen Staatsgebiets befand. Diesen sollte durch offene Grenzen eine möglichst unkomplizierte »Rückkehr« nach Russland ermöglicht werden. Vor diesem Hintergrund lässt sich der scheinbare Widerspruch verstehen, dass die Grenzen zwischen den früheren Sowjetrepubliken trotz ihrer rechtlichen Aufwertung von rein administrativen Trennungslinien zu offiziellen Grenzen souveräner Staaten de facto durchlässiger wurden. In den neunziger Jahren waren es in der Tat größtenteils ethnische Russen, die es wegen der in vielen Nachfolgestaaten der UdSSR oft trüben ökonomischen Aussichten oder wegen der dort mehr oder minder stark schwelenden ethnischen Konflikte nach Russland zog. Gegen Ende des Jahrzehnts allerdings wurde diese Migrationsbewegung langsam aber stetig schwächer, und es stieg der Anteil derer, die es auf der Suche nach Arbeit nach Russland verschlug.

Diese Arbeitsmigration stieß auf russischer Seite auf mehr als rege Nachfrage. Denn zeitgleich mit dem von den Öl- und Gasreserven angefeuerten wirtschaftlichen Boom in Russland wurde zunehmend absehbar, dass die Überalterung der russischen Gesellschaft und die niedrige Geburtenrate für ernsthafte Engpässe auf dem Arbeitsmarkt sorgen würden. Arbeitskräfte gerade in arbeitsintensiven Bereichen wie dem Baugewerbe wurden rar, während die parallel stattfindende Ausdehnung der urbanen Mittelschichten dazu führte, dass für schlecht bezahlte, gefährliche oder wenig angesehene Jobs kaum mehr russische Staatsbürger zu finden waren. Auf der anderen Seite sorgte der wirtschaftliche Zusammenbruch in weiten Teilen Zentralasiens dafür, dass viele Usbeken, Tadschiken und Kirgisen ihre Anstellung im krisengeschüttelten Industriesektor verloren, während zeitgleich infolge stark angestiegener Geburtenraten eine ganze Generation auf den Arbeitsmarkt drängte, für die schlichtweg keine Arbeitsplätze vorhanden waren. Arbeitsmigration nach Russland wurde so gerade in

ländlichen Gebieten Zentralasiens die einzig erfolgversprechende Option, für die Familie zu sorgen.

»Gastarbajtery« in Russland

Diese Situation erinnert zunächst stark an Entwicklungen, die sich in Westeuropa im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs nach Ende des Zweiten Weltkrieges vollzogen. Auch hier sorgte der ökonomische Boom für eine stark gestiegene Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften, die zunächst im süd- und später im außereuropäischen Ausland angeworben wurden. Und in der Tat enden die Gemeinsamkeiten nicht hier, denn das Wort, das im Russischen benutzt wird, um die Arbeitsmigranten aus Zentralasien zu beschreiben, ist das dem Deutschen entlehnte »gastarbajter«. Diese Analogien sollten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der historische und politische Kontext sich grundlegend unterscheidet. Denn während die Gastarbeiter in Westeuropa im Rahmen staatlich organisierter Anwerbeprogramme gezielt rekrutiert wurden, gibt und gab es in Russland zu keiner Zeit vergleichbare Anwerbemaßnahmen. Das Gros der Einwanderer aus Zentralasien findet sowohl Anstellung als auch Unterkunft allein mit Hilfe von Freunden, Nachbarn, Verwandten oder Menschen aus ihrer Community, die bereits in Russland ansässig sind. Diese Netzwerke sind von zentraler Bedeutung, gerade auch während des Aufenthalts im Ausland, und ihre Wurzeln gehen auf Migrantengruppen aus Zentralasien zurück, die schon zu sowjetischen Zeiten im Handelsgewerbe und auf Märkten in Russland tätig waren. Mit dem Wegfall der Migrationsbeschränkungen nach dem Ende der UdSSR war es deren Mitbürgern aus Zentralasien nicht nur möglich, unkompliziert eine Anstellung in Russland zu finden, sie konnten auch anschließend problemlos wieder in ihre Heimat zurückkehren. Viele Migranten aus Zentralasien gehen dementsprechend saisonaler Arbeit nach: Im Frühjahr und Sommer, wenn insbesondere im Baugewerbe und auf den Märkten der Bedarf an Arbeitskräften am größten ist, befinden sich die meisten Arbeitsmigranten in Russland, während viele für die Wintermonate nach Zentralasien zurückkehren.

Da diese Einwanderung – anders als die Anwerbung von Gastarbeitern in Westeuropa – nicht staatlich initiiert war, fehlte für eine lange Zeit ein entsprechender rechtlicher Rahmen. Das den Aufenthalt von Ausländern in Russland regelnde Gesetz datierte zurück aus dem Jahr 1981, und es war lange Zeit unklar, inwieweit es sich überhaupt auf die »neuen« Ausländer aus anderen Nachfolgestaaten der UdSSR anwenden ließe. Wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen erschien der russische Staat in den neunziger Jahren auch auf dem Gebiet der Migrationspolitik überfordert. Mit Beginn der Präsidentschaft Putins wurde jedoch ein neuer Weg

eingeschlagen. Die Lösung für dieses Problem wurde, wie in vielen anderen Bereichen auch, in einem Wiedererstarken des Staates und der Zentralisierung staatlicher Macht gesehen.

Reform der Migrationspolitik

Das erste offizielle politische Dokument, das sich explizit dem Thema Einwanderung widmete, ist die im Jahr 2003 verabschiedete »Konzeption zur Regulierung der Migrationsprozesse in der Russischen Föderation«. Geprägt von den Ereignissen des 11. September 2001 sowie vom Krieg in Tschetschenien, stellen die Autoren Masseneinwanderung sowie die Präsenz großer Immigrantengruppen aus Zentralasien als potentiell Sicherheitsrisiko dar. Hauptziel des in diesem Papier formulierten Konzepts ist die Bekämpfung (formal) »illegaler« Einwanderung und die Wiederherstellung der staatlichen Kontrolle über Migrationsprozesse. Da unkontrollierte Immigration eine Gefahr sowohl für die nationale Sicherheit als auch den russischen Arbeitsmarkt darstelle, müsse der Staat eine aktive Rolle in der Begrenzung von Einwanderung übernehmen.

Diese politischen Ziele schlugen sich in rechtlichen und institutionellen Reformen nieder. Der Föderale Migrationsdienst (FMS), die für Einwanderungsangelegenheiten zuständige Behörde, wurde von Grund auf umstrukturiert. Während der Migrationsdienst ursprünglich eine rein administrative Rolle innehatte, wurde die Arbeit der Behörde im Zuge der Reformen durch die Überstellung in den Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums aufs Engste mit den Strafverfolgungsbehörden verzahnt. Der Migrationsdienst erhielt weiterhin die Zuständigkeit für Visum- und Ausweisangelegenheiten, und sowohl Budget als auch Personal wurden erheblich ausgeweitet. Auch die russische Gesetzgebung wurde von Grund auf überarbeitet. Das lang erwartete Gesetz »Über den rechtlichen Status ausländischer Staatsangehöriger auf dem Territorium der Russischen Föderation« vom 25. Juli 2002 ersetzte das überholte Gesetz von 1981, doch statt für rechtliche Klarheit zu sorgen und zur Regulierung der Lage von Millionen Einwanderern aus der früheren Sowjetunion beizutragen, verkomplizierten die Reformen die Situation und drängten noch mehr Arbeitsmigranten in die Illegalität. Die im reformierten Gesetz verankerte Registrierungspflicht schreibt vor, dass Ausländer innerhalb von 72 Stunden nach Ankunft in Russland den Behörden ihren Wohnsitz mitzuteilen haben. Zusätzlich müssen Ausländer eine Arbeitsgenehmigung erwerben, um bezahlter Arbeit nachgehen zu können.

»Illegale« Migration

Aufgrund des restriktiven Charakters der Reformen war das Resultat paradoxerweise kein Rückgang, sondern

eine Zunahme »illegaler« Migration. Auch nachdem 2006 die Frist für die Registrierung auf sieben Tage ausgeweitet wurde, ist es für viele Immigranten weiterhin unmöglich, der Registrierungspflicht nachzukommen. Gerade in Großstädten weigern sich viele Wohnungseigentümer wegen des bürokratischen Aufwands, ihre Mieter ordnungsgemäß anzumelden, gerade wenn es sich bei diesen nicht um Bürger Russlands handelt. Zudem teilen sich Migranten wegen der hohen Mieten in Moskau und St. Petersburg häufig eine Wohnung mit mehreren Bekannten, was rechtliche Probleme bei der Registrierung mit sich bringt. Gerade unter Arbeitsmigranten, die saisonal im Baugewerbe tätig sind, ist es inzwischen üblich, unmittelbar auf der Baustelle in Container und Baracken zu hausen. Da dies keine offiziellen Wohnungen sind, ist es unmöglich, sich dort registrieren zu lassen.

Aufgrund dieser vielfältigen Schwierigkeiten mit der Registrierungspflicht ist eine blühende Schattenwirtschaft entstanden, in der mit gefälschten oder auf unlautere Art und Weise erworbenen Anmeldedokumenten gehandelt wird. Ein weit verbreitetes Phänomen sind die sogenannten »Gummiwohnungen«. Das sind Adressen, unter denen häufig mehrere Dutzend Migranten gemeldet sind, ohne dort tatsächlich zu wohnen. Die Wohnungseigentümer verkaufen die Anmeldedokumente für diese Wohnungen mit hohen Aufpreisen auf dem Schwarzmarkt an Neuankömmlinge, die auf keinem anderen Wege an diese Dokumente gelangen können. Da diese Masche den Polizeibehörden wohlbekannt ist, müssen die Migranten bei Kontrollen durch die Polizei oder den Migrationsdienst häufig Bestechungsgelder zahlen, um höhere Bußgelder oder gar eine Ausweisung zu vermeiden.

Ähnlich verhänglich ist die Situation mit den Arbeitsgenehmigungen. Seit 2007 werden diese nach Quoten für die entsprechenden Herkunftsländer vergeben. Da diese allerdings nicht nach wirtschaftlichen Kriterien sondern nach politischen Gesichtspunkten festgelegt werden, sind die Quoten häufig schon nach wenigen Monaten für den Rest des Jahres ausgeschöpft. Im Jahr der Einführung der Quotenregelung wurden sechs Millionen Arbeitsgenehmigungen erteilt, doch schon im Folgejahr wurde die Ziffer um nahezu drei Viertel auf 1,8 Millionen reduziert. Da die Quoten in nahezu allen Regionen Russlands bereits im Mai aufgebraucht waren, sah sich die Regierung jedoch gezwungen, die Quoten aufzustocken. Für 2009 wurde die Quote auf vier Millionen festgesetzt, doch Ministerpräsident Putin halbierte diese Zahl über Nacht auf zwei Millionen, um den heimischen Arbeitsmarkt angesichts der globalen Wirtschaftskrise zu schützen. Ein weiteres Jahr später wurde die Quote auf 1,7 Millionen reduziert und ist seitdem auf einem ähnlich niedrigen Niveau geblieben.

Diese Zahlen missachten bei Weitem den tatsächlichen Bedarf an ausländischer Arbeitskraft, weswegen vielen Migranten wieder nur der Rückgriff auf illegale Mittel bleibt. Ähnlich wie die Registrierungsdokumente werden auch Arbeitsgenehmigungen auf dem Schwarzmarkt gehandelt. Unternehmen und Zwischenhändler kaufen die Arbeitsgenehmigungen zu Beginn des Jahres auf, wenn die Quoten noch nicht erfüllt sind, und verkaufen sie später mit enormen Aufpreisen an die Migranten weiter. In Moskau ist eine Arbeitserlaubnis derart begehrt, dass sie häufig zu Preisen von mehr als einem Monatslohn gehandelt wird. Doch selbst wer bereit ist, diese hohen Summen zu zahlen, ist nicht vor weiteren rechtlichen Problemen gefeit. Häufig wird nämlich zur Profitmaximierung ein und dieselbe Arbeitsgenehmigung an mehrere Personen verkauft, was für den Besitzer nicht ersichtlich ist, bei Kontrollen jedoch sofort entdeckt wird. Ein weiteres Problem entsteht dadurch, dass viele Migranten über keinen offiziellen Arbeitsvertrag verfügen. Arbeitgeber weigern sich häufig, schriftliche Verträge auszustellen, da sie so nicht nur Steuern sparen, sondern den Angestellten auch Löhne und sonstige Leistungen vorenthalten können, ohne dass diese dagegen rechtlich vorgehen könnten. Dies führt nicht nur dazu, dass viele Migranten in ausbeuterischen Verhältnissen arbeiten, sondern auch ihren legalen Status in Russland verlieren. Denn eine Arbeitsgenehmigung ist nur gültig in Verbindung mit einem offiziellen Arbeitsvertrag.

Auswirkungen und Reformversuche

Das Resultat dieser widersprüchlichen Politik ist eine enorm hohe Anzahl von Migranten mit prekärem rechtlichen Status. Nach Angaben des Föderalen Migrationsdiensts hielten sich im September 2014 etwa 4,3 Millionen Migranten rechtswidrig in Russland auf, wobei der bei Weitem größte Teil von ihnen aufgrund von Verstößen gegen die Registrierungspflicht oder dem Fehlen einer rechtsgültigen Arbeitsgenehmigung in diese Lage geraten ist. Das politische und polizeiliche Vorgehen gegen diese Einwanderergruppen fällt harsch aus. Von Januar bis September dieses Jahres wurden mehr als 100.000 Ausweisungsbefehle erlassen, und die sogenannte »schwarze Liste« derer, denen die Wiedereinreise nach Russland wegen rechtlicher Verstöße für fünf bis zehn Jahre untersagt wird, steht kurz davor, die Millionen-Marke zu überschreiten. Mehr als zwei Drittel der Einträge auf dieser Liste sind Staatsangehörige Usbekistans, Tadschikistans und Kirgistans, denen häufig durch das Einreiseverbot nicht nur die eigene Lebensgrundlage, sondern auch die ihrer Familien entzogen wird.

Russlands restriktive Migrationspolitik ist politisch ein gewichtiges Pfund in Verhandlungen mit anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Insbesondere bei den

Beitrittsgesprächen zur Eurasischen Wirtschaftsunion wiegt das Thema Migration schwer. Staatsbürger Armeniens, das jüngst das Beitrittsabkommen unterzeichnete, werden ab kommendem Jahr von einem gleichberechtigten Zugang zum russischen Arbeitsmarkt profitieren. Auf dem Beitrittskandidaten Kirgistan lastet nun hoher Druck, es Armenien gleichzutun, obwohl dies für die Handelsbeziehungen mit dem anderen großen Nachbarn China nachteilig wäre. Andererseits wird rund ein Drittel des kirgisischen Bruttoinlandsprodukts aus Rücküberweisungen kirgisischer Migranten in Russland gespeist, die von einem Beitritt zur Wirtschaftsunion enorm profitieren würden.

Die russische Migrationspolitik ist eine anhaltende Reformbaustelle. Es liegen ungezählte Gesetzesentwürfe vor, mit denen gegen »illegale« Einwanderung vorgegangen werden soll. Die erhoffte liberale Wende blieb bisher

aus, obwohl in der 2012 verabschiedeten »Konzeption für die Staatliche Migrationspolitik der Russischen Föderation bis 2025« solche Ansätze zu finden sind und erstmals die Integration von Migranten als Ziel beschrieben wird. Verhaltene Versuche einer Wende auf dem Gebiet der Migrationspolitik sind in den Bestrebungen zu erkennen, eine Amnestie für »illegale« Migranten auszusprechen. So hat der Föderale Migrationsdienst kürzlich eine Generalamnestie für alle moldawischen Migranten erteilt. Wenn sie im November in ihr Heimatland zurückkehren, dürfen sie anschließend (mit getilgtem Ordnungsstrafregister) wieder nach Russland einreisen. Diese Option wird seit längerem auch für zentralasiatische Einwanderer diskutiert. Falls jedoch die Migrationspolitik Russlands nicht grundlegend liberaler gestaltet und gegen Korruption im Migrationsdienst und Polizei vorgegangen wird, ist dies kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Über den Autor

Alexander Maier ist Student am *Department of International Development* der Universität Oxford, wo er zu Migrationsbewegungen zwischen Zentralasien und Russland forscht. Erschienen ist von ihm zu dieser Thematik eine Studie im Auftrag der Internationalen Organisation für Migration, die sich mit der Reintegration tadschikischer Arbeitsmigranten beschäftigt, über die eine Wiedereinreiseperrre in die Russische Föderation verhängt wurde.

Lesetipps:

- Buckley, Cynthia, Blaire Ruble: *Migration, Homeland, and Belonging in Eurasia*. Washington, DC: Woodrow Wilson Center Press 2008.
- Internationale Organisation für Migration: *Tajik Migrants with Re-entry Bans to the Russian Federation*, 2014. <http://iom.int/bookstore/free/Tajik_Migrants_Report_15Jan.pdf>
- Ivakhnyuk, Irina: *The Russian Migration Policy and its Impact on Human Development: The Historical Perspective* (= United Nations Development Programme, Human Development Research Paper 14), 2009.

ANALYSE

Neue Grenzen der Migration: Ansichten aus dem Fernen Osten

Olga Simonenko, Chabarowsk

Zusammenfassung

Die negative Haltung zu Migranten ist oft eine Folge künstlich errichteter Barrieren; sie spiegelt weniger real vorhandene äußere Feinde wieder, als vielmehr tiefgreifende innere Probleme der Gesellschaft in Russland. Für den Fernen Osten Russlands ist nicht der Zustrom neuer Migranten das akuteste Problem, sondern die Abwanderung von Nachkommen früherer Umsiedler. Die aktuellen Initiativen der russischen Regierung zur Besiedlung des Fernen Ostens stoßen bei der Bevölkerung vor Ort auf Skepsis.

Russlands Ferner Osten – Bevölkerung und Geographie

In der modernen Welt sind die Wohnortwechsel, die traditionell mit dem Begriff »Migration« bezeichnet wer-

den, komplexer und vielfältiger geworden. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges sind Bürger Russlands aktiv an den grenzüberschreitenden Wanderungsprozessen beteiligt. Migration ist über viele Jahre ein aktuelles

Thema des gesellschaftlichen Diskurses geblieben. Einer Umfrage des »Allrussischen Meinungsforschungsinstituts« (WZIOM) vom Juli 2014 zufolge halten 19 % der Bürger Russlands Migration und die interethnischen Beziehung für die wichtigsten Probleme des Landes.

Der Ferne Osten gehörte traditionell zu den am wenigsten besiedelten Teilen Russlands. Bei einer Gesamtfläche der neun Föderationssubjekte von 6, 169 Millionen Quadratkilometern, die über 35 % der Landesfläche ausmacht, erreichte die Bevölkerungszahl der Fernen Ostens in den letzten Jahren der Sowjetunion mit etwas über acht Millionen ihren Höhepunkt. Das war die Folge massiver (und nicht immer freiwilliger) Umsiedlungsmaßnahmen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts durchgeführt worden waren. Zur indigenen Bevölkerung dieser riesigen Gebiete gehört vor allem die Kategorie der sogenannten »kleinen Völker«. Eine Ausnahme bilden die Jakuten, eine recht zahlenstarke Ethnie, die vorwiegend (zu 97 %) in der Republik Sacha (Jakutien) leben und dort die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die Republik ist das einzige Föderationssubjekt im Föderalbezirk Fernost, in denen ethnische Russen nicht die dominierende Volksgruppe darstellen.

Ungeachtet der geographischen Lage der Region neigen deren Bewohner kulturell Europa zu, und nicht Asien. Die Art und Weise, in der die Gebiete des Ostrusslands erschlossen wurden, legt nahe, dass ein großer Teil der Bevölkerung durch Umsiedler und deren Nachfahren gebildet wird. Dadurch ist im historischen Gedächtnis der Menschen im Fernen Osten immer das attraktive Bild einer »kleinen fernen Heimat« präsent gewesen, die während des Besuchs bei Verwandten, die in den »Ausgangssiedlungen« leben, reale Züge annimmt.

Der Anfang der 1990er Jahre erfolgte wirtschaftliche und politische Wandel in Staat und Gesellschaft hatte katastrophale Folgen auf die demographische Lage der Region. Die demographische Kennziffern des Fernen Ostens haben – selbst vor dem Hintergrund der ungünstigen demographischen Entwicklung Gesamtrusslands – tragische Züge angenommen.

Bevölkerungsbewegungen im Fernen Osten

Die Bevölkerungszahl des Föderalbezirks Fernost (russ.: »DFO«) betrug zum 1. Januar 2014 6,227 Millionen oder 4,34 % der Gesamtbevölkerung Russlands. Viele ausländische (vor allem US-amerikanische und westeuropäische) Wissenschaftler sind in ihren Arbeiten, in denen sie die Situation aus Sicht einer Suche nach wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven betrachten, der Ansicht, dass es angesichts der ungünstigen Klimabedingungen keinen Sinn hat, die Bevölkerungszahl anwachsen zu lassen, da deren Versorgung bei Einhaltung der

grundlegenden sozialen Vorgaben verlustreich und nicht zweckmäßig wäre.

Es ist übrigens für Behördenvertreter aller Ebenen und Bereiche zum guten Ton geworden, die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Region hervorzuheben. Angesichts der weiteren Zuspitzung der Beziehungen Russlands zur EU und den USA sowie in Folge der gegen Russland verhängten Sanktionen hat sich die propagandistische Rhetorik über eine Änderung der Prioritäten verstärkt. Eine Ausrichtung nach Osten wird als die wirtschaftlich aussichtsreichste und politisch stabilste dargestellt. Offensichtlich soll in nächster Zeit der »goldene Regen« des Wohlstands auf die Menschen des Fernen Ostens niedergehen.

Konsequenterweise handelt ein beträchtlicher Bevölkerungsteil der Region nicht im Einklang mit den Aufrufen der Regierung, sondern ausgehend vom eigenen Verständnis ökonomischer Zweckmäßigkeit. Die konkurrenzfähigsten Bewohner des Fernen Ostens ziehen auf der Suche nach einem besseren Leben und beruflichen Selbstverwirklichung in den europäischen Teil der Russischen Föderation oder ins Ausland; zur typischsten Zielregion in Russland ist in den letzten Jahren die Region Krasnodar geworden, wo ein umfangreiches Netz freiwilliger und professioneller Umzugshilfen geschaffen wurde. Vor allem gebildete und relativ wohlhabende Menschen verlassen den Fernen Osten. Migrationsstimmungen sind auch für junge Menschen kennzeichnend, bei denen die psychologische Hemmschwelle niedrig ist.

Migrationspolitik und Einstellungen zu Migranten

Die Regierung der Russischen Föderation hat zwei aktuelle Initiativen vorgelegt, die die Migrationsbewegung in den Fernen Osten lenken sollen.

Die erste steht im Zusammenhang mit dem Vorschlag, 2015 ein »Gebiet beschleunigter Entwicklung« (russ.: »TOR«) einzurichten, auf dem unter anderem die Migrationsbestimmungen gelockert werden sollen. Dem Gesetzentwurf zufolge, der am 15. Oktober 2014 von Alexander Galuschka, dem Minister für die Entwicklung des Fernen Ostens; in die Staatsduma eingebracht wurde, sollen Arbeitgeber ausländische Arbeitnehmer ohne Genehmigung des Föderalen Dienstes für Migrationsfragen eingestellt und beschäftigt werden können; stattdessen sollen den Migranten die Einladungen und Arbeitserlaubnisse für Russland ungeachtet der von der Regierung aufgestellten Quoten erteilt werden.

Unmittelbar danach wurde eiligst eine Abstimmung im Internet veranstaltet, mit der die Haltung zu diesem Vorschlag der Regierung ermittelt werden sollte. An der Abstimmung nahmen 2624 Menschen teil, von denen

88 % aus Angst vor steigender Kriminalität und sinkenden Löhnen eine ablehnende Haltung gegenüber Migranten zeigten.

Viele Bürger Russlands kommen mit der Arbeit von Migranten in Berührung und weigern sich gleichwohl, deren »Nützlichkeit« zu sehen. In Gesprächen mit Studenten verschiedener Fachrichtungen stößt man oft auf den Unwillen der Sprecher, das Recht der Arbeitsmigranten anzuerkennen, als Träger ihrer Kultur zu gelten, einer Kultur, die oft tiefer wurzelt, als die eklektische Weltansicht von Absolventen einer Hochschule im Fernen Osten.

In den über zwanzig Jahren seit dem Zerfall der UdSSR werden Einwohner der einstigen Sowjetrepubliken von den Bürgern Russlands nicht mehr als Mitbürger betrachtet. Einer Umfrage zufolge, die 2013 in drei Föderationssubjekten der Region durchgeführt wurde, zeichnen sich junge Einwohner des Fernen Ostens nicht durch eine tolerante Haltung gegenüber Zuwanderern aus einer fremden Kultur aus. Zuwanderer aus den zentralasiatischen GUS-Staaten werden im Schnitt von 50,9 % der Befragten negativ beurteilt. Ähnlich ist übrigens die Haltung gegenüber Zuwanderung aus der Volksrepublik China (hierzu äußerten sich in den drei Föderationssubjekten 52,2 % der Befragten negativ), aus Aserbaidschan, Armenien und Georgien (51,9 % negative Antworten), noch negativer die gegenüber zugewanderten Angehörigen der Ethnien im Nordkaukasus (62,7 % Ablehnung). Dabei ist die missachtende Haltung der Migranten gegenüber der lokalen Bevölkerung sowie den Gesetzen und Traditionen der Hauptstadt für die negative Einstellung unter den jungen Einwohnern des Fernen Ostens gegenüber Zugewanderten.

Flüchtlinge aus der Ost- und Südukraine

Bis in die jüngste Zeit sind die wenigen Europäer und zugewanderten »slawischen Brüder« aus den postsowjetischen Staaten sowie die in ihrer Mentalität nahestehenden Ukrainer und Belorussen mit großem Interesse wahrgenommen worden. Diese Situation änderte sich mit der intensiveren Zuwanderung aus dem Südosten der Ukraine. Angesichts der massiven Aktionen zur Sammlung von Hilfsgütern für Flüchtlinge steigt gleichzeitig eine latente Unzufriedenheit in Bezug auf deren Ansprüche (Wohnung, Lebensmittel, medizinische Versorgung, überzogene Vorstellungen vom Lohnniveau). Der Ferne Osten soll einer offiziellen Quote gemäß bis Ende des Jahres 9060 Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen. Darüber hinaus gibt es eine beträchtliche Zahl Flüchtlinge, die auf eigene Faust zuwandern, weswegen eine Überschreitung der festgelegten Quote prognostiziert wird. In der Region Chabarowsk, auf die der stärkste Flüchtlingsstrom entfällt, wurde im September der Notstand ausgerufen, unter deren Bestimmung

gen alle materiellen Ressourcen der regionalen Reserve zur Unterbringung und Arbeitsvermittlung von Flüchtlingen eingesetzt werden können. Neben dem verhaltenen Murren der Bevölkerung brachte Alexander Lewintal, der für Wirtschaftsfragen und die Koordination der Flüchtlingsarbeit zuständige erste stellvertretende Gouverneur der Region Chabarowsk, an Panik grenzenden Missmut zum Ausdruck.

Der Vorschlag, den Migranten juristische und soziale Hilfe zu leisten, hat auch Proteste ausgelöst, da die Menschen im Fernen Osten eine ständige Vernachlässigung und fehlende Aufmerksamkeit ihnen gegenüber, den Problemen von Bürgern Russlands am Rande des Staatsgebietes gegenüber empfunden; das Bemühen der Behörden zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Migranten wird oft als ungerechten Einsatz der Ressourcen betrachtet, bisweilen auch als Verrat nationaler Interessen.

Anreize für russische Fachleute

Die zweite Initiative der Regierung zielt auf Fachkräfte aus Russland im Alter bis 35 Jahre, denen ein Zuschuss von 800.000 Rubeln für deren Bereitschaft geboten wird, in den Osten des Landes umzuziehen. Es ist geplant, zu diesen Zwecken im Falle einer Umsetzung des Programmes »Neue Maßnahmen im Beschäftigungsbereich 2014–2016« 130 Milliarden Rubel aufzuwenden. Bereits einfache Kalkulationen zeigen, dass diese Entscheidung für 162.500 Menschen berechnet war, was der Bevölkerungszahl einer mittelgroßen Stadt im Fernen Osten entspricht, zwischen der von Nachodka (Region Primorje – rund 155.000 Einwohner) und Petropawlowsk-Kamtschatskij (rund 180.000). Die Diskussion in den sozialen Netzwerken zu dieser Initiative zeigt große Zweifel an deren Erfolg, und zwar sowohl bei potentiellen Umsiedlern, als auch insbesondere bei Einwohnern des Fernen Ostens. Die ersteren sprechen von unzureichenden materiellen Anreizen: Die angebotene Summe würde nicht die Kosten für eine neue Wohnung, die Unannehmlichkeiten durch den Abschied von der gewohnten Umgebung, das geringe Lohnniveau im Kontrast zu erheblich höheren Verbraucherausgaben wegen erhöhter Preise und der notwendigen Anschaffung warmer Kleidung usw. Die Zeiten sind vorbei, da man in den Fernen Osten fuhr, um »dem Geruch der Taiga zu folgen«, wobei auch früher die Motive der Romantiker mit Maßnahmen zur Schaffung materieller Anreize vermischt waren. Bewohnern des europäischen Teils von Russland erscheint es heute nicht mehr attraktiv, sich zum Geldverdienen in den Fernen Osten aufzumachen. Es liegt näher, ist bequemer und vor allem einträglicher, nach Europa mit dessen entwickelter Verkehrs- und Sozialstruktur zu gehen.

Noch pessimistischer in Bezug auf das neue Umsiedlungsprogramm sind jene gestimmt, die bislang noch im Osten Russlands leben. Zu den Kritikern gehört auch der Abgeordnete der Duma der Region Chabarowsk Sergej Jaschtschuk, der auf die Notwendigkeit verweist, seine jungen Kader in der Region zu halten. Es sei ungerechtfertigt, den Umzug von Fachkräften aus den westlichen Landesteilen zu finanzieren, die sich sehr wohl den lokalen Besonderheiten nicht gewachsen zeigen und nach ein paar Jahren Arbeit wieder zurückgehen könnten. Wenn der Bevölkerungsabzug nicht gestoppt werde, sei es sinnlos, Mittel für den Zuzug von Neubürgern des Fernen Ostens aufzuwenden.

Emigrationsabsichten

Die jungen Menschen der Region folgen der gesamtrossischen Tendenz zur verstärkten Migration ins Ausland. Bei einer Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–27. Mai 2013 erklärten von den Russen unter 25 Jahren 39 % den Wunsch nach Auswanderung, von denen zwischen 25 und 40 Jahren waren es 32 %.

Als wichtigste Faktoren, die an eine Emigration denken lassen, werden bessere Lebensbedingungen im Ausland genannt (49 %), der Wunsch nach einer anständigen Zukunft für die Kinder (31 %) und die wirtschaftliche Instabilität in Russland (32 %).

Andererseits haben nur ein Prozent der Befragten ihre »feste« Absicht zur Auswanderung bekundet; die Papiere dafür besorgen sich weniger als ein Prozent. Auch sollte das von Richard T. LaPiere beschriebene Paradoxon nicht vergessen werden, dem zufolge, grob gesagt, »wollen« nicht auch »auswandern« bedeutet. Selbst diese Ziffern sind übrigens nach russischen Maßstäben beträchtlich, ihnen mit Ironie zu begegnen, wäre kurzsichtig.

Bei dem Versuch diese Prozesse zu analysieren entstammt die erste Schwierigkeit, mit der sich der Forscher konfrontiert sieht, dem Bereich der Statistik: Bei der Menge an Umfragen, an Feststellungs- und Ordnungsverfahren, die den Grenzübergang regeln, kann eine belegbare Zahl der Bürger Russlands, die in diversen Regionen der Erde sich als Ausländer aufhalten, nicht benannt werden. Den 2011 erlassenen Vorschriften zur Erfassung von Bürgern Russlands im Ausland zufolge ist zum Beispiel das Verfahren zur Aufnahme ins Konsularregister durch und durch freiwilliger Natur und weniger dazu geeignet, der Kontrolle durch das Heimatland zu dienen, als dem Wohlbefinden und der Sicherheit der im Ausland lebenden Bürger. Durch diesen Ansatz haben die Mitarbeiter der Konsulate kein vollständiges Bild von der Anzahl der Auslandsrussen und den Zielen ihres Aufenthalts dort.

Auch der Anteil der Menschen aus dem Fernen Osten, die für einen längeren Wohnaufenthalt ins Aus-

land ziehen, lässt sich offiziell nicht feststellen. Bei denen, die erklärtermaßen aus dem Fernen Osten wegziehen wollen, haben 20,1 % der Hochschulabsolventen in der Region Chabarowsk, 16,6 % der Berufseinsteiger im Jüdischen Autonomen Gebiet und 14 % der Absolventen in der Region Kamtschatka eine Auswanderungsabsicht geäußert.

Die Motive für einen Umzug sind im Großen und Ganzen ein Abbild jener Probleme, die junge Bürger Russlands bewegen. Der Anteil der Hochschulabsolventen, die für sich keine Karriereperspektiven sehen, wenn sie in der Region bleiben, ist recht hoch

»Expats«

Eine gewisse Vorstellung von der Zahl der Bürger, die Russland verlassen, gibt das »Demographische Jahrbuch Russlands 2013« (<http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/rosstat/ru/statistics/publications/catalog/doc_1137674209312>). Diesem zufolge haben von 2006 bis 2012 insgesamt 221.810 Bürger die Russische Föderation verlassen, wobei die festgestellten Abgangszahlen Schwankungen unterworfen sind: Es erfolgte ein Rückgang von 51.791 (2006) auf 29.467 im Jahr 2001 sowie ein Anstieg auf 46.687 im Jahr 2012. 2012 sind in die Länder des fernen Auslandes 27.179 Personen ausgewandert; unter den Zielländern nahm China 2012 mit 4.358 Personen (gegenüber 507 im Jahr 2011) den ersten Platz ein. Das lange Jahre führende Deutschland (3.781) rutschte auf Platz zwei; traditionell attraktive Länder sind auch die USA (1.561) und Israel (1.104). Die genannten Zahlen bezeichnen natürlich diejenigen, die das Land verlassen und eine neue Staatsbürgerschaft annehmen. Sie berücksichtigen nicht die beträchtliche Anzahl von *expatriates*.

Eine ansatzweise Vorstellung davon vermitteln die Angaben des Internationalen Rates russländischer Landsleute, einer Organisation für Auslandsrussen. Mitte der 2000er Jahre hat die Aktivität seiner Mitgliedsorganisationen begonnen bzw. sich erheblich verstärkt, doch korreliert die Anzahl der Menschen, die als Mitglieder dieser freiwillige, selbstverwalteten gesellschaftlichen Zusammenschlüsse von Landsleuten aus Russland genannt werden und ständig oder temporär in den jeweiligen Staaten leben, in keiner Weise mit der Anzahl der tatsächlich dort lebenden Auslandsrussen. In Australien, den USA und in Chile ist von nichtregistrierter Mitgliedschaft juristischer und natürlicher Personen die Rede, in Peru wurden 400 angegeben, in Kanada über 2000 und in China 150. Dabei ist die Gemeinde der Auslandsrussen sehr viel größer, hier arbeitet der Koordinationsrat der Landsleute in China. Jedes Jahr werden in verschiedenen Städten Chinas Konferenzen durchgeführt (am 30. Mai 2014 fand in Hunchun (Autonome Koreanische Präфекtur Yanbian) die achte Konferenz

der in China lebenden Auslandsrussen statt; das Thema lautete: »Russisch-Chinesisches Grenzgebiet: Die Rolle der Auslandsrussen bei der Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit«). Obwohl an der Konferenz nur rund 50 Personen teilnahmen, sprechen deren Koordinatoren von 400.000 Bürgern Russlands, die ständig in China leben. Die Auswanderer bezeichnen sich selbst als »russischane«, abgeleitet vom russischen »russisch« (im Mittelalter: »Russe«) und dem englischen »China«.

China als Migrationsziel

Ein äußerst wichtiger Motivationsfaktor zur Migration sind Wohnungsfragen. Die Preise für Wohnungen und die Kosten für kommunale Leistungen sind in den Städten der chinesischen grenznahen Gebiete um ein Vielfaches geringer als in den Städten des Fernen Osten Russlands. Dieser Umstand macht den Nordosten Chinas insbesondere für Rentner attraktiv.

Ein besonderes Thema ist die Entwicklung des Gesundheitstourismus. Im Fernen Osten gibt es professionelle Koordinatoren, die Patienten aus Russland dabei helfen, in China eine für die jeweilige Erkrankung passende und dem Budget des Betroffenen angemessene Klinik oder Nachsorgeeinrichtung zu finden. Der Akzent wird hier auf den Wunsch gelegt, für einen stabilen Heilungseffekt eine lange, möglichst permanente Betreuung durch chinesische Ärzte zu erreichen.

Die jungen Menschen im Fernen Osten nutzt intensiv die Möglichkeiten Chinesisch zu lernen und an den Hochschulen der grenznahen Provinzen einen Abschluss zu machen. Viele dieser jungen Leute kombinieren dabei Studium und Arbeit. Die Nachfrage nach Models mit europäischem Äußeren und nach Schauspielern allen Alters für chinesische TV-Serien ist groß. Unternehmer aus Russland werden vom stürmischen Wachstum in den unterschiedlichen Branchen der chinesischen Wirtschaft angezogen, während die Abhängigkeit Russlands von der Förderung von Energieträgern weiter bestehen bleibt. Bei einer Reihe von Berufen, insbesondere im intellektuellen Bereich, ist das Lohnniveau in China mit dem Durchschnittsniveau im Fernen Osten Russlands vergleichbar, wenn nicht gar höher; gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten in China erheblich geringer.

Über die Autorin

Olga Simonenko ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Dozentin am Lehrstuhl für Soziologie, Politologie und Regionalstudien der Sozial- und Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Staatlichen Pazifischen Universität Chabarovsk. Ihr wissenschaftliches Interesse gilt u. a. den Migrationsprozessen im Fernen Osten Russlands, der sozialen und politischen Entwicklung der Volkrepublik China, den Integrationsprozessen im Asiatisch-Pazifischen Raum sowie der Korruption und den informellen Praktiken an Hochschulen.

Dem Chinaforscher oder schlichtweg aufmerksamen Beobachter des Landes wird nicht entgangen sein, dass die Anhänger einer westlichen Lebensweise dort zunimmt. Diese werden metaphorisch als »Bananen« bezeichnet – »außen gelb, innen weiß!«. Es existiert mit »Ei« auch ein umgekehrter Vergleich für jemanden, der »außen weiß und innen gelb« ist. Das ist die ehrenvolle Bezeichnung für einen Europäer, den Chinesen als »einen der ihren« anerkennen. Für Menschen aus Russland ist ein solcher Titel eine große Seltenheit, wenn auch die Integrationsprozesse fortschreiten. Bei Kulturfragen erscheint die Entwicklungsrichtung wichtiger als die Geschwindigkeit.

Es ist offensichtlich, dass die geringe Teilnehmerzahl bei Konferenzen oder anderen offiziellen Veranstaltungen entspricht nicht der tatsächlichen Anzahl der Auslandsrussen, deren Neigung zu sozialer Mobilisierung sich in Kommunikation auf Internetseiten erschöpft (so ist zum Beispiel bei den Auslandsrussen in Asien das Portal »Östliche Hemisphäre«, <polusharie.com>, besonders beliebt).

Man könnte annehmen, dass ein Teil der Auslandsrussen deshalb zu »Ehemaligen« wurde, weil man sich vom russischen Staat und dessen bürokratischen System distanzieren wollte. Russland agiert meist vor allem über staatliche Strukturen, beispielsweise über die Föderale Agentur für Fragen der GUS, der im Ausland lebenden Landsleute und für internationale humanitäre Zusammenarbeit (»Rossotrudnitschestwo«). Interessanterweise nennt Putin diesen Ansatz eine Verbreitung von »Soft power« und löst damit bei Joseph S. Nye, dem Begründer dieses Konzeptes, Verwunderung aus. Nye meinte, Russland begehe einen Fehler, wenn es den Staat als wichtigstes Instrument von Soft power betrachte. Die Rolle des Staates ist bei den beschriebenen Prozessen erheblich geringer, als es die Führung Russlands glauben mag. Es sei notwendig »die Talente seiner Zivilgesellschaften in vollem Maße zur Entfaltung kommen zu lassen«, formulierte es dieser moderne Klassiker der Politikwissenschaft, ohne jedoch dabei die Hoffnung zu äußern, dass dies in näherer Zukunft erfolgen werde.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Lesetipps:

- Brunarskaa, Zuzanna, Joanna Nestorowicz, Stefan Markowski: Intra- vs. extra-regional migration in the post-Soviet space, in: Eurasian Geography and Economics, 55.2014, Nr. D20140826, S. 133–155.
- European Bank for Reconstruction and Development: Diversifying Russia. Harnessing regional diversity, London: EBRD 2014.
- Greene, Samuel, Graeme B. Robertson: Identity, Nationalism, and the Limits of Liberalism in Russian Popular Politics, June 2014 (= PONARS Eurasia Policy Memo No. 323), 27. Juni 2014; <<http://www.ponarseurasia.org/sites/default/files/policy-memos-pdf/Pepm323GreeneRobertsonJune2014.pdf>>
- Judah, Ben: Russia's Migration Crisis, in: Survival, 55.2013, Nr. 6, S. 123–131.
- Malakhov, Vladimir S.: Russia as a New Immigration Country: Policy Response and Public Debate, in: Europe-Asia Studies, 66.2014, Nr. 7, S. 1062–1079.
- Mukomel, Vladimir: Integration of Migrants. Russian Federation, 2013 (= CARIM-East Research Report 2013/02), 19. November 2013; <<http://www.carim-east.eu/media/CARIM-East-RR-2013-02.pdf>>.
- Schenk, Caress: Controlling Immigration Manually: Lessons from Moscow (Russia), in: Europe-Asia Studies, 65.2013, Nr. 7, S. 1444–1465.

TABELLEN ZUM TEXT

Daten und Umfragen zu Migranten im russischen Fernen Osten

Tabelle 1: Nennen Sie bitte jene in der Tabelle aufgeführten Probleme, die Ihrer Meinung nach für das gesamte Land am wichtigsten sind! (geschlossene Frage, nicht mehr als sieben Antworten)

	Juli 2013	Juli 2014
Inflation, Preisanstieg bei Waren und Dienstleistungen	47	49
Lage der Kommunalwirtschaft und der kommunalen Dienstleistungen	52	46
Korruption und ausufernde Bürokratie	43	42
Lebensstandard der Bevölkerung	43	38
Drogenabhängigkeit	33	38
Alkoholismus	35	36
Rentenversorgung	33	31
Arbeitslosigkeit	31	30
Lage im Gesundheitswesen	37	29
Lage der jungen Menschen	29	27
Zustand der Asphaltdecke der Straßen*	-	21
Einfluss der Oligarchen auf das wirtschaftliche und politische Leben des Landes	24	21
Zustand von Moral und Sittlichkeit	24	19
Interethnische Beziehungen, Migration	26	19
Ökologie und Zustand der Umwelt	17	19
Lage im Bildungswesen	24	17
Kriminalität	24	17
Lage der Wirtschaft (Wirtschaftskrise)	14	14
Staus auf den Straßen*	-	14
Terrorismus	14	14
Verzögerungen bei Lohnzahlungen	12	13
Demographische Situation (Geburtenrate, Sterberate)	15	12
Demokratie und Menschenrechte	13	10
Lage in der Armee	14	9
Weiß nicht	Unter 1	Unter 1

* Diese Antwortmöglichkeiten waren vor dem Juli 2014 nicht gegeben. Quelle: Allrussische Initiativeumfrage des WZIAM, durchgeführt am 26./27. Juli 2014. Befragt wurden 1600 Personen in 130 Ortschaften in 42 Gebieten, Regionen und Republiken der Russischen Föderation. Fehlertoleranz unter 3,4 %; <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114930>>.

Tabelle 2: Was halten Sie von der Initiative der Regierung der Russischen Föderation, in den Gebieten beschleunigter Entwicklung im Fernen Osten Russlands Arbeitsmigranten ohne Quoten und Genehmigungen der Stellen des Föderalen Migrationsdienstes anzuwerben?

Antwortmöglichkeiten	Zahl der Personen, die antworteten	Anteil der Befragten in Prozent
Negativ, die Region wird in einem unkontrollierbaren Migrantenstrom ertrinken, der zu einer Verschlimmerung der Kriminalität führen könnte	1.817	69,2
Negativ, die Löhne der lokalen Bevölkerung werden sinken	502	19,1
Positiv, die Migranten werden jene Arbeiten übernehmen, die die Menschen vor Ort nicht machen wollen	103	3,9
Ist mir gleichgültig	46	1,8

Quelle: Initiativumfrage per Internet, durchgeführt vom 1. bis 6. November 2014 auf der Website Amur.info. Befragt wurden 2624 Personen; <<http://www.amur.info/news/2014/11/06/84921>>.

Tabelle 3: Verhältnis von ständiger Bevölkerung zu den Quoten zur Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für ausländische Staatsangehörige für das Jahr 2014, Föderationssubjekte des Fernen Ostens der Russischen Föderation.

	Ständige Bevölkerung, in Personen	Anzahl der Arbeitsgenehmigungen	Geplante Zahl der legalen Arbeitsmigranten in Prozent der Stammbevölkerung (offizielle Quoten)
Region Kamtschatka	319.864	2.801	0,87
Republik Sacha (Jakutien)	954.803	9.395	0,98
Region Primorje	1.938.516	23.616	1,22
Gebiet Amur	811.274	12.190	1,50
Region Chabarowsk	1.339.912	24.373	1,81
Gebiet Sachalin	491.027	12.256	2,49
Jüdisches Autonomes Gebiet	170.377	5.184	3,04
Gebiet Magadan	150.312	10.320	6,86
Autonomer Bezirk der Tschukschen	50.555	2.876	5,68
Föderalbezirk Fernost	6.226.640	103.011	1,65
Russische Föderation insgesamt	143.347.059	1.631.586	1,13

Quellen: Schätzung der ständigen Bevölkerung der Russischen Föderation zum 1. Januar 2014; <http://www.gks.ru/wps/wcm/connect/rossstat_main/rosstat/ru/statistics/population/demography/#>; Anordnung Nr. 739n des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherung der Russischen Föderation vom 16. Dezember 2013; <<http://www.rg.ru/2013/12/30/quot-dok.html>>.

Tabelle 4: Was hielten Sie davon, wenn in Ihre Stadt oder Ihren Kreis Angehörige der zentralasiatischen Völker, aus Tadschikistan, Kirgistan usw. ziehen würden, um dort ständig zu leben?

Antwortmöglichkeiten	Region Chabarowsk	Jüdisches Autonomes Gebiet	Region Kamtschatka	Die drei Föderations-subjekte insgesamt
Positiv	5,0	10,9	5,0	6,3
Gleichgültig	33,7	38,7	21,0	33,6
Negativ	52,5	40,8	63,0	50,9
Schwer zu sagen	8,6	9,7	11,0	9,2

Quelle: *Migrationspotential und Mechanismen zur Verankerung junger Fachkräfte in der Region; Forschungsarbeit, Fernöstliche Verwaltungshochschule, Außenstelle der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und den Staatsdienst; wiss. Leitung: Ju. W. Beresutskij, 2012; Gegenstand: Absolventen von 13 führenden Hochschulen der Region Chabarowsk, des Jüdischen Autonomen Gebiets und der Region Kamtschatka (per Fragebogen, n=1093; Konfidenzintervall $\pm 3\%$, Wahrscheinlichkeit: 97%). Typ der Stichprobe: quotiert über den Schnitt der Hochschulen, bei der Auswahl der Fakultäten und Fachrichtungen nach einfacher Wahrscheinlichkeit, bei der Auswahl der befragten Absolventen zufällig.*

Tabelle 5: Sehen Sie etwas Negatives für Ihre Stadt (Ihren Landkreis) durch Menschen, die zum Arbeiten oder als Umsiedler dorthin kommen?

Antwortmöglichkeiten	Region Chabarowsk	Jüdische Autonomes Gebiet	Region Kamtschatka	Die drei Föderations-subjekte insgesamt
Nein, ich sehe nichts Negatives	12,2	14,7	7,0	12,3
Die Überbevölkerung wird verstärkt	10,4	5,8	15,0	9,7
Die Arbeitslosigkeit verschlimmert sich	28,8	34,0	40,0	31,0
Das Lohnniveau der ansässigen Bevölkerung sinkt	33,6	36,3	43,0	35,0
Sie werden den Handel auf den Märkten kontrollieren	25,3	27,0	37,0	26,7
Sie schaffen zusätzliche Probleme für die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, Verkehrs- und sozialen Dienstleistungen	11,8	11,6	25,0	12,9
Sie tragen zu einem Anstieg der Kriminalität bei	38,4	19,7	49,0	34,8
Sie verhalten sich respektlos der ansässigen Bevölkerung und deren Traditionen gegenüber	40,5	23,2	63,0	38,4
Sie sind Ursache für interethnische Konflikte	34,1	20,8	36,0	31,0
Schwer zu sagen	11,8	13,9	5,0	11,6
Andere	0,6	1,2	2,0	1,1

Quelle: *Migrationspotential und Mechanismen zur Verankerung junger Fachkräfte in der Region; Forschungsarbeit, Fernöstliche Verwaltungshochschule, Außenstelle der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und den Staatsdienst; wiss. Leitung: Ju. W. Beresutskij, 2012; Gegenstand: Absolventen von 13 führenden Hochschulen der Region Chabarowsk, des Jüdischen Autonomen Gebiets und der Region Kamtschatka (per Fragebogen, n=1093; Konfidenzintervall $\pm 3\%$, Wahrscheinlichkeit: 97%). Typ der Stichprobe: quotiert über den Schnitt der Hochschulen, bei der Auswahl der Fakultäten und Fachrichtungen nach einfacher Wahrscheinlichkeit, bei der Auswahl der befragten Absolventen zufällig.*

Tabelle 6: Wollen Sie in der Zukunft für immer aus der Stadt, der Siedlung, in der Sie leben an einen neuen Wohnort ziehen?

Antwortmöglichkeiten	Region Chabarowsk	Jüdisches Autonomes Gebiet	Region Kamtschatka	Die drei Föderations-subjekte zusammen
Ja	56,1	59,8	36,0	55,0
Ich möchte, habe aber keine Möglichkeit dazu	10,7	12,2	8,0	10,9
Ich habe nicht vor wegzuziehen	16,8	12,2	33,0	17,2
Weiß nicht	16,4	15,7	23,0	16,9

Quelle: Migrationspotential und Mechanismen zur Verankerung junger Fachkräfte in der Region; Forschungsarbeit, Fernöstliche Verwaltungshochschule, Außenstelle der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und den Staatsdienst; wiss. Leitung: Ju. W. Beresutskij, 2012; Gegenstand: Absolventen von 13 führenden Hochschulen der Region Chabarowsk, des Jüdischen Autonomen Gebiets und der Region Kamtschatka (per Fragebogen, n=1093; Konfidenzintervall $\pm 3\%$, Wahrscheinlichkeit: 97%). Typ der Stichprobe: quotiert über den Schnitt der Hochschulen, bei der Auswahl der Fakultäten und Fachrichtungen nach einfacher Wahrscheinlichkeit, bei der Auswahl der befragten Absolventen zufällig.

Tabelle 7: Welche der unten genannten Dinge sind für Sie persönlich unbedingte Voraussetzungen für angenehmes Leben und Arbeiten?

Antwortmöglichkeiten	Region Chabarowsk	Jüdisches Autonomes Gebiet	Region Kamtschatka	Die drei Föderations-subjekte zusammen
Ein sicheres Leben (geringe Kriminalität)	38,3	42,9	37,0	39,2
Günstige Umweltbedingungen	27,5	26,6	27,0	27,2
Möglichkeiten für beruflichen Aufstieg und Karriere	69,4	64,5	56,6	66,9
Möglichkeiten, im gelernten Beruf Arbeit zu finden	33,4	39,0	44,0	35,8
Hohe Löhne und Gehälter	74,1	73,0	69,0	73,3
Erschwinglicher Wohnraum	80,0	66,8	70,0	75,7
Angenehme Natur- und Klimabedingungen	19,2	16,6	18,0	18,4
Kindergartenplätze	16,0	25,9	17,2	18,5
Dass Verwandte und Freunde da sind, die bereit sind, zu helfen	15,7	18,1	22,0	16,8
Entwickelte Infrastruktur für Freizeit und Erholung	27,8	24,7	23,0	26,6
Entwickelte Verkehrsinfrastruktur	15,6	9,7	19,0	14,5
Gute Bedingung für die Ausbildung und Entwicklung der Kinder	39,8	37,1	36,0	38,8
Andere	2,7	2,3	2,0	0,9

Quelle: Migrationspotential und Mechanismen zur Verankerung junger Fachkräfte in der Region; Forschungsarbeit, Fernöstliche Verwaltungshochschule, Außenstelle der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und den Staatsdienst; wiss. Leitung: Ju. W. Beresutskij, 2012; Gegenstand: Absolventen von 13 führenden Hochschulen der Region Chabarowsk, des Jüdischen Autonomen Gebiets und der Region Kamtschatka (per Fragebogen, n=1093; Konfidenzintervall $\pm 3\%$, Wahrscheinlichkeit: 97%). Typ der Stichprobe: quotiert über den Schnitt der Hochschulen, bei der Auswahl der Fakultäten und Fachrichtungen nach einfacher Wahrscheinlichkeit, bei der Auswahl der befragten Absolventen zufällig.

Tabelle 8: Sind Sie der Ansicht, dass man aus dem Fernen Osten fortgehen muss, um sich beruflich zu verwirklichen?

Antwortmöglichkeiten	Region Chabarowsk	Jüdisches Autonomes Gebiet	Region Kamtschatka	Die drei Föderationssubjekte zusammen
Stimme zu	43,6	51,3	42,0	45,1
Stimme nicht zu	28,6	25,8	24,0	27,5
Weiß nicht	27,8	22,9	34,0	27,3

Quelle: *Migrationspotential und Mechanismen zur Verankerung junger Fachkräfte in der Region; Forschungsarbeit, Fernöstliche Verwaltungshochschule, Außenstelle der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und den Staatsdienst; wiss. Leitung: Ju. W. Beresutskij, 2012; Gegenstand: Absolventen von 13 führenden Hochschulen der Region Chabarowsk, des Jüdischen Autonomen Gebiets und der Region Kamtschatka (per Fragebogen, n=1093; Konfidenzintervall $\pm 3\%$, Wahrscheinlichkeit: 97%). Typ der Stichprobe: quotiert über den Schnitt der Hochschulen, bei der Auswahl der Fakultäten und Fachrichtungen nach einfacher Wahrscheinlichkeit, bei der Auswahl der befragten Absolventen zufällig.*

Tabelle 9: Beherrschen Sie eine Fremdsprache?

	Region Chabarowsk			Jüdisches Autonomes Gebiet			Region Kamtschatka			Die drei Föderationssubjekte zusammen		
	Beherrsche ich nicht	Kann mich verständlich machen	Beherrsche ich perfekt	Beherrsche ich nicht	Kann mich verständlich machen	Beherrsche ich perfekt	Beherrsche ich nicht	Kann mich verständlich machen	Beherrsche ich perfekt	Beherrsche ich nicht	Kann mich verständlich machen	Beherrsche ich perfekt
Englisch	11,6	80,6	7,8	19,5	75,2	5,3	17,0	75,0	8,0	13,7	78,9	7,4
Deutsch	90,0	9,1	0,9	80,4	19,6	0	92,0	5,0	3,0	88,6	10,4	1,0
Französisch	93,8	5,2	1,0	98,6	0,7	0,7	99,0	1,0	0	95,1	4,0	0,9
Chinesisch	92,2	7,3	0,5	82,4	17,0	0,7	92,0	8,0	0	90,3	9,2	0,4
Japanisch	98,3	1,7	0	97,9	2,1	0	93,0	7,0	0	97,6	2,4	0
Koreanisch	95,7	4,3	0	99,3	0,7	0	96,0	3,0	1,0	96,3	3,6	0,1

Quelle: *Migrationspotential und Mechanismen zur Verankerung junger Fachkräfte in der Region; Forschungsarbeit, Fernöstliche Verwaltungshochschule, Außenstelle der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und den Staatsdienst; wiss. Leitung: Ju. W. Beresutskij, 2012; Gegenstand: Absolventen von 13 führenden Hochschulen der Region Chabarowsk, des Jüdischen Autonomen Gebiets und der Region Kamtschatka (per Fragebogen, n=1093; Konfidenzintervall $\pm 3\%$, Wahrscheinlichkeit: 97%). Typ der Stichprobe: quotiert über den Schnitt der Hochschulen, bei der Auswahl der Fakultäten und Fachrichtungen nach einfacher Wahrscheinlichkeit, bei der Auswahl der befragten Absolventen zufällig.*

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Die Migrationsfrage in den Blogs

»Gastarbeiter in Russland«

»Jedes Jahr kommen 5–6 Millionen Usbeken, Tadschiken und Kirgisen ins Land, um in Restaurants, Baustellen, Bauernhöfen und Fabriken zu arbeiten. Sie sind Putzfrauen, Taxifahrer, Hausmeister, Müllarbeiter. In Usbekistan lebt ein Viertel der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter außerhalb des Landes«, berichtet Eler Nematow in seinem Photo-Blog »Gastarbeiter in Russland«. Anhand von eindrucksvollen Bildern und kurzen Überschriften schildert Nematow den Alltag der Arbeitsmigranten in Russland, die aufgrund von Vorurteilen »als Menschen zweiter Klasse« behandelt

werden: »Viele Menschen aus Zentralasien wandern häufig illegal ein und können aus diesem Grund leichter ausgebeutet werden. Sie leben und arbeiten unter furchterlichen Bedingungen, bekommen manchmal nur ein Drittel des versprochenen Lohns, schicken wenig Geld nach Hause und können ihre Familien lange Zeit nicht sehen. Weniger als 10 % haben eine Krankenversicherung«.

Tatjana Andrjuschenko via Livejournal, 30.10.2014 <<http://tanjand.livejournal.com/1155556.html>>

Wir fordern die Einführung einer Visa-Regelung mit den Ländern Zentralasien und Kaukasus

Der oppositionelle Politiker Alexej Nawalnyj plädiert seit 2013, als er an den Bürgermeisterwahlen in Moskau teilnahm, für eine deutliche Einschränkung der Migration aus den Ländern Zentralasiens und Kaukasus. Er forderte in einer Online-Petition die Einführung einer Visumpflicht für Menschen aus Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan, Kasachstan, Turkmenistan, Aserbaidschan und Armenien. Die Argumente hierfür fasste Nawalnyj in fünf Punkten zusammen:

- »1. Es wird die Zahl an Migranten verringern. Russland nimmt nach der Zahl von Migranten mit *11,2 Millionen Menschen* den zweiten Platz ein. Nur *720.000* von ihnen besitzen einen vorläufigen oder unbefristeten Aufenthaltstitel oder eine Niederlassungserlaubnis.
2. Es wird das Leben legaler Migranten verbessern. Gewissenlose Arbeitgeber setzen die Illegalen wie Sklaven ein und die Mitarbeiter von Polizei und Migrationsdienst pressen ihnen Schmiergelder ab.
3. Es wird die Drogenmengen verringern, die mit Migranten nach Russland gelangen. Unser Land ist zum weltweit größten Konsumenten von afghanischem Heroin geworden.
4. Das ist eine normale Praxis für alle zivilisierten Länder. Die Bürger Russlands beantragen Visa für die Einreise nach Europa oder in die USA, während die Bewohner Zentralasiens und Transkaukasiens nicht nur ohne Visum, sondern sogar ohne Reisepass nach Russland einreisen.
5. Es wird die Zahl an Straftaten verringern, die in Russland begangen werden.«

Die Petition erreichte schließlich die notwendigen 100.000 Stimmen nicht und musste somit nicht von Parlament oder Regierung berücksichtigt werden.

Alexej Nawalnyj via <navalny.com>, 27.09.2013 <<http://viza.navalny.ru/>>

Gefährliche Migranten oder verzerrte Wahrnehmung?

»[...] Die Verschärfung der Einwanderungspolitik kann jedoch schwere Nebenwirkungen haben. Insbesondere könnte das viele Immigranten dazu bringen, sich illegal in Russland niederzulassen, da sie recht wenig Chancen haben, ein wenigstens einigermaßen legales Einkommen zu erhalten. Dadurch könnte es dazu kommen, dass solche Immigranten massenhaft in kriminelle Tätigkeit hineingezogen werden«, meint Sergey Golunow, Experte des Analytischen Zentrums PONARS Eurasia. Der Soziologe analysiert in seinem Beitrag »Gefährliche Migranten oder verzerrte Wahrnehmung? Der Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Kriminalität in Russland« den Migrationsdiskurs in Russland und warnt vor einer »Migranten-Phobie«. Golunow zufolge werden Vertreter ethnischer Minderheiten mit russischem Pass und ausländische Arbeiter aus den ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens und des Kaukasus in der Massenwahrnehmung kaum ausdifferenziert und allgemein als »Migranten« eingestuft. Zum »Verbrecherbild« von Migranten trügen die Medien und Politiker stark bei. Die Presse berichtet bei Meldungen über eine Straftat gern über die ethnische oder nationale Angehörigkeit des Täters, »weil solche Taten mehr Chancen haben, die Aufmerksamkeit des Lesers zu gewinnen, als »übliche« Rechtsverstöße«. Das »Verbrecherbild« von Migranten wird auch durch manche Vertreter des Kreml, durch Gouverneure und Dumaabgeordnete geschürt, die dadurch nationalistisch orientierte Wähler zu mobilisieren suchen. Die Kriminalitätslage sieht allerdings anders aus. Nach Angaben von Golunow begehen Ausländer weniger Straftaten als Bürger Russlands.

PONARS Eurasia via Echo Moskwy, 04.06.2014 <<http://echo.msk.ru/blog/ponarseurasia/1334186-echo/>>

»Was tun mit illegalen Migranten?«

Diese Frage wurde vom »Zentrum zur Erforschung des Massen-E-Bewusstseins« gestellt und es wurden hierzu sechs Lösungen angeboten. Die Ergebnisse einer Umfrage bei 20.166 Internet-Nutzern wurden nach Alter, Geschlecht und Regionen analysiert und sehen folgendermaßen aus: 42,8 % der Befragten sind für die Ausweisung aller illegalen Migranten und ein Verbot für ihre Wiedereinreise; 20,7 % haben sich für die Erhöhung des Bußgeldes für Arbeitgeber und Vermieter ausgesprochen, die mit illegalen Migranten zusammenarbeiten; 5 % wünschen ein höheres Bußgeld für die Migranten selbst; 19,5 % sind für die Einführung der Visumpflicht für die Länder Zentralasiens; 6,9 % glauben, dass »die Migration ein natürlicher Prozess ist, weswegen dieses Problem keine Lösung hat und also auch keine Bekämpfung braucht«; 4,9 % haben sich für eine Amnestie für alle illegalen Migranten ausgesprochen.

Kurz nach der Veröffentlichung dieser Ergebnisse führte »Echo Moskwy« eine ähnliche Umfrage auf seiner Internetseite durch. Die Ergebnisse des unabhängigen Radiosenders, dessen Zuhörer als demokratisch orientiert gelten, waren noch deutlicher: 53 % der Befragten sprachen sich für die Einführung von Visa für Bürger der zentralasiatischen Länder aus.

EchoMSK via Echo Moskwy, 28.10.2014 <<http://echo.msk.ru/blog/echomsk/1426656-echo/>>

Moskau – Hochburg der Xenophobie

Mit der Frage zur Wahrnehmung der Migranten haben sich der Soziologe Dmitri Poletajew und die Demografin Sajontschkowskaja bei dem Projekt »Migranten in Augen der Moskauer« befasst. Die Experten untersuchten die Geschichte der Zuwanderung nach Moskau im 20. und 21. Jahrhundert und stellten fest: »der Grad der Aggressivität gegenüber den Ankömmlingen aus ehemaligen Republiken der UdSSR ist so hoch wie noch nie«. Den Autoren der Studie zufolge ist der Grad der Toleranz der Moskauer seit zehn Jahre dramatisch gesunken: »Wenn die Moskauer noch Ende der 1990er Jahre Migranten gegenüber deutlich toleranter waren als Einwohner von Nischnij Nowgorod und Smolensk [...], ist nun alles geradezu umgekehrt. Sahen die Ergebnisse der 1990er Jahre noch stimmig aus (die Bevölkerung der Großstädte ist gebildeter und progressiver), ist die Bevölkerung der Hauptstadt heutzutage zu reineren Ausländerfeinden und Konservativen als die ländliche Bevölkerung geworden«. Sajontschkowskaja erkennt in der Verbreitung von Xenophobie in der russischen Gesellschaft vor allem einen Mangel an öffentlichen Debatten zur Migration: »Ich finde, daran ist unser ziemlich armseliges gesellschaftliches Leben schuld. Trotz der scheinbar großen Menge Zeitungen und verschiedener Talk-Shows im Fernsehen wird über viele Fragen nicht diskutiert, und so bleibt der Nährboden für die abstrusesten Mythen erhalten.«

Viktoria Woloschina in <gazeta.ru>, 11.09.2014 <http://www.gazeta.ru/comments/2014/09/10_a_6208957.shtml>

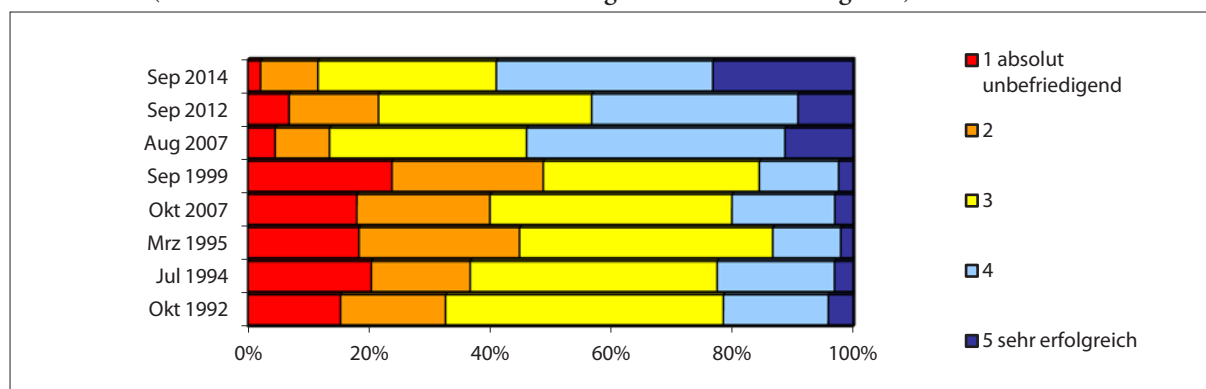
*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

UMFRAGE

Politisches System und politische Führung Russlands in Umfragen

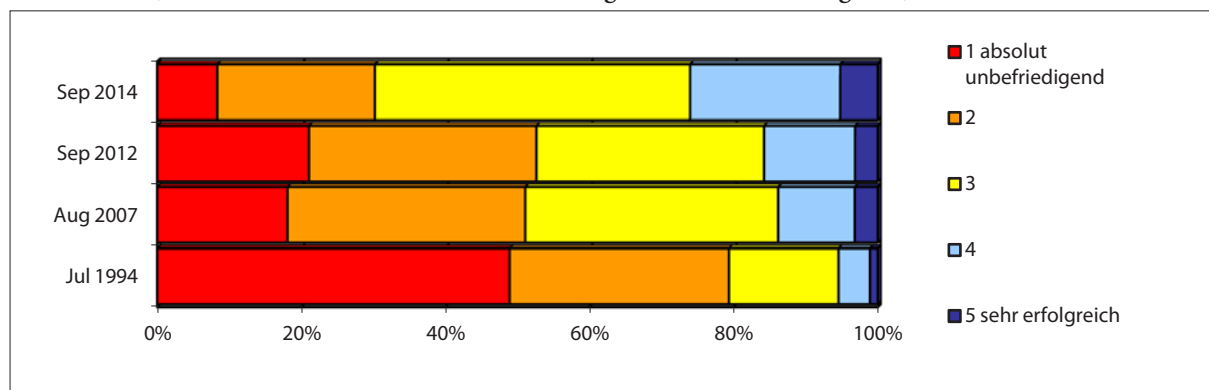
Die Qualität der Staatsführung in Umfragen

Grafik 1: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der russischen Staatsführung im Bereich der Außenpolitik?
(auf einer Skala von 1 – absolut unbefriedigend bis 5 – sehr erfolgreich)



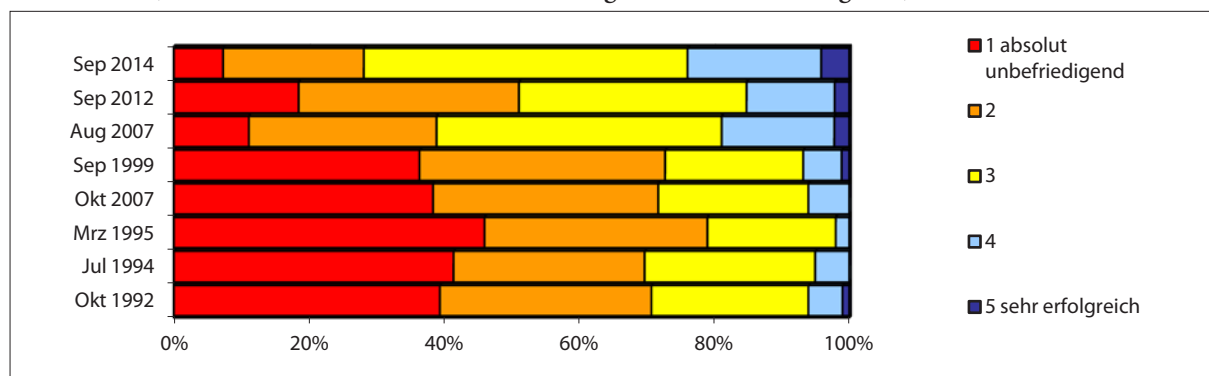
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 30. Oktober 2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/30-10-2014/otsenki-deyatelnosti-rukovodstva-strany>>

Grafik 2: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der russischen Staatsführung bei der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, dem Kampf gegen Korruption und Verbrechen?
(auf einer Skala von 1 – absolut unbefriedigend bis 5 – sehr erfolgreich)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 30. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/30-10-2014/otsenki-deyatelnosti-rukovodstva-strany>

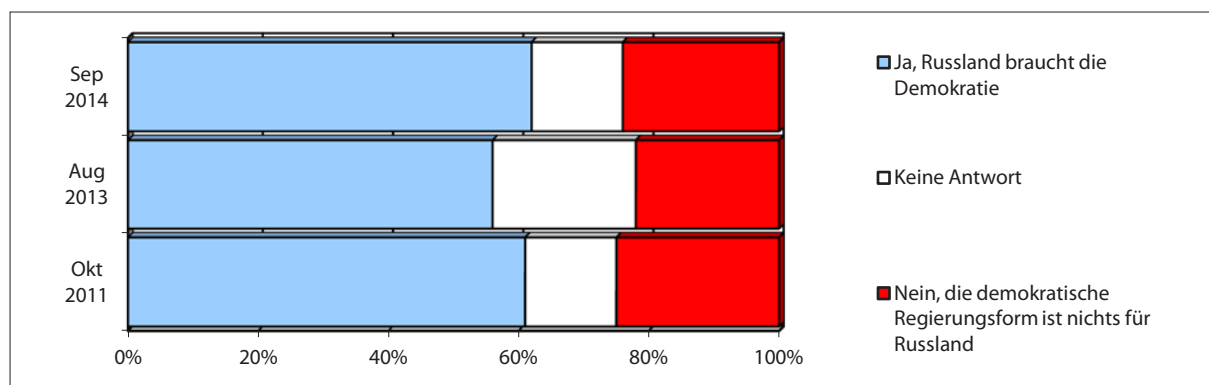
Grafik 3: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der russischen Staatsführung im Bereich der Wirtschaft?
(auf einer Skala von 1 – absolut unbefriedigend bis 5 – sehr erfolgreich)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 30. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/30-10-2014/otsenki-deyatelnosti-rukovodstva-strany>

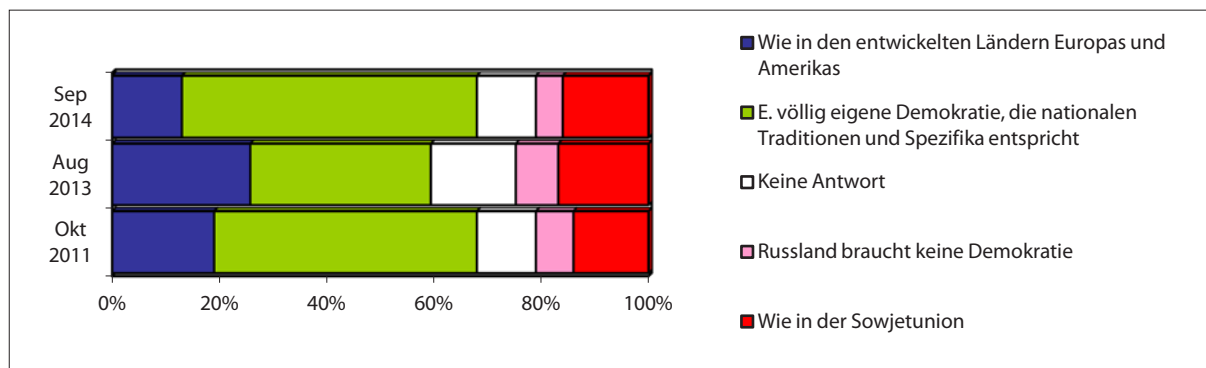
Demokratie, Staatsmacht und Selbstachtung

Grafik 4: Braucht Russland Demokratie?



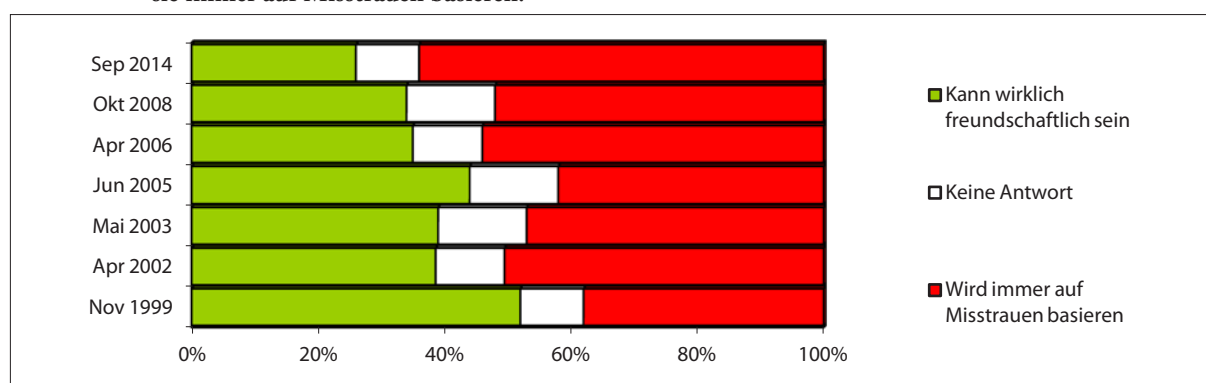
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 28. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/28-10-2014/nuzhna-li-rossii-demokratiya>

Grafik 5: Welche Demokratie braucht Russland?



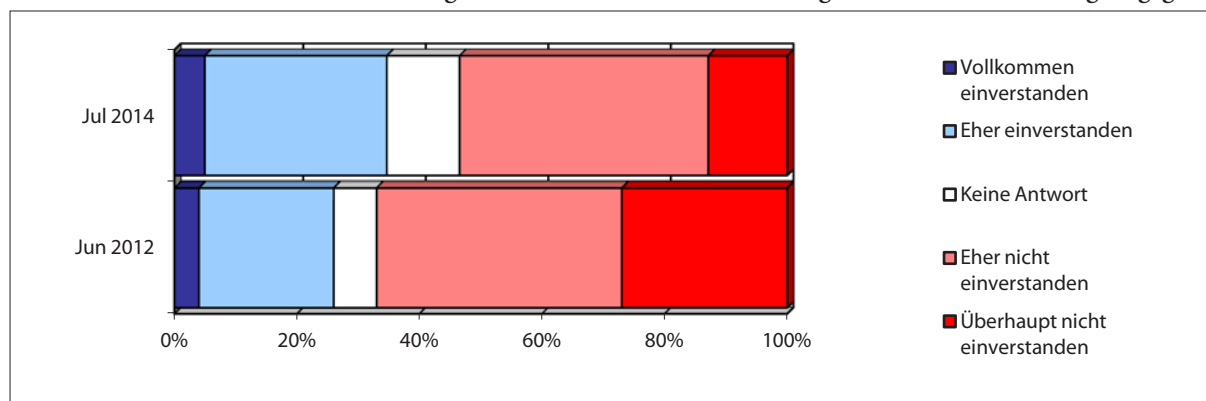
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 28. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/28-10-2014/nuzhna-li-rossii-demokratiya>

Grafik 6: Kann die Beziehung zwischen Russland und dem Westen wirklich freundschaftlich sein oder wird sie immer auf Misstrauen basieren?



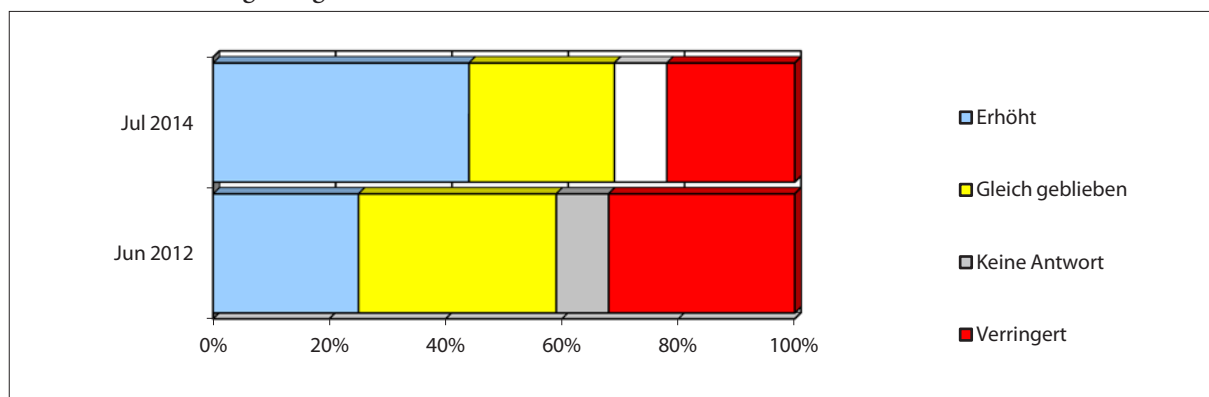
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 28. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/28-10-2014/nuzhna-li-rossii-demokratiya>

Grafik 7: Wie stehen Sie zu der Aussage: »Die russische Staatsmacht bringt den Menschen Achtung entgegen«?



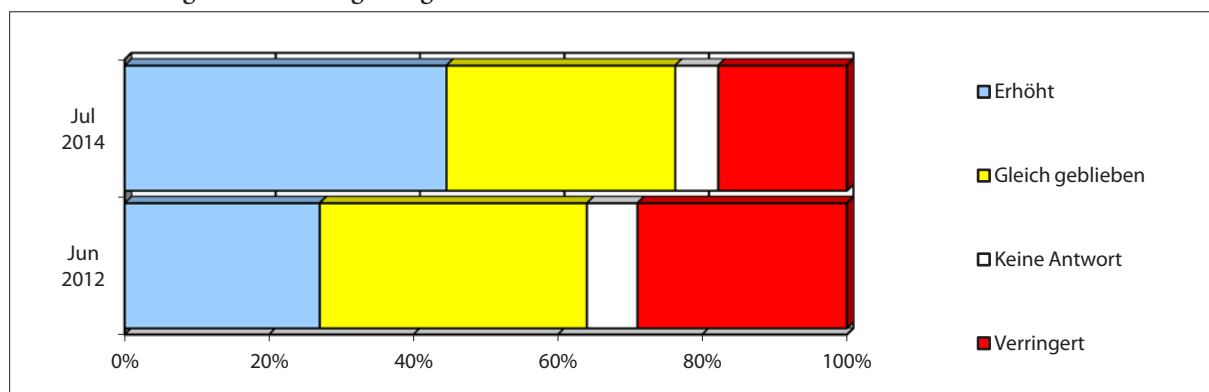
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 1.–4. August 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 4. September 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/04-09-2014/uvazhenie-k-sebe-i-k-stran>

Grafik 8: Hat sich die Achtung vor Russland in der Welt in den vergangenen 10 Jahren erhöht, verringert oder ist diese gleich geblieben?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 1.–4. August 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 4. September 2014 unter: <http://www.lewada.ru/print/04-09-2014/uvazhenie-k-sebe-i-k-stran>

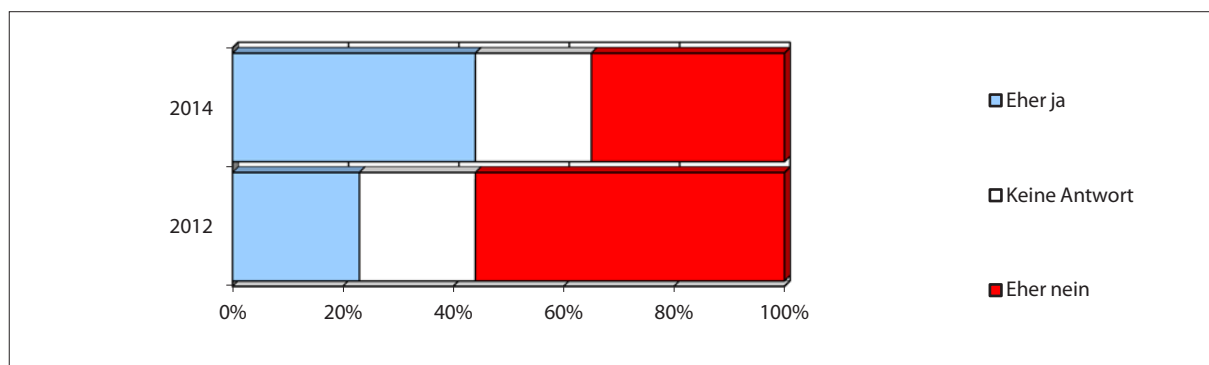
Grafik 9: Hat sich die Selbstachtung der Menschen in Russland in den vergangenen 10 Jahren erhöht, verringert oder ist sie gleich geblieben?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 1.–4. August 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 4. September 2014 unter: <http://www.lewada.ru/print/04-09-2014/uvazhenie-k-sebe-i-k-stran>

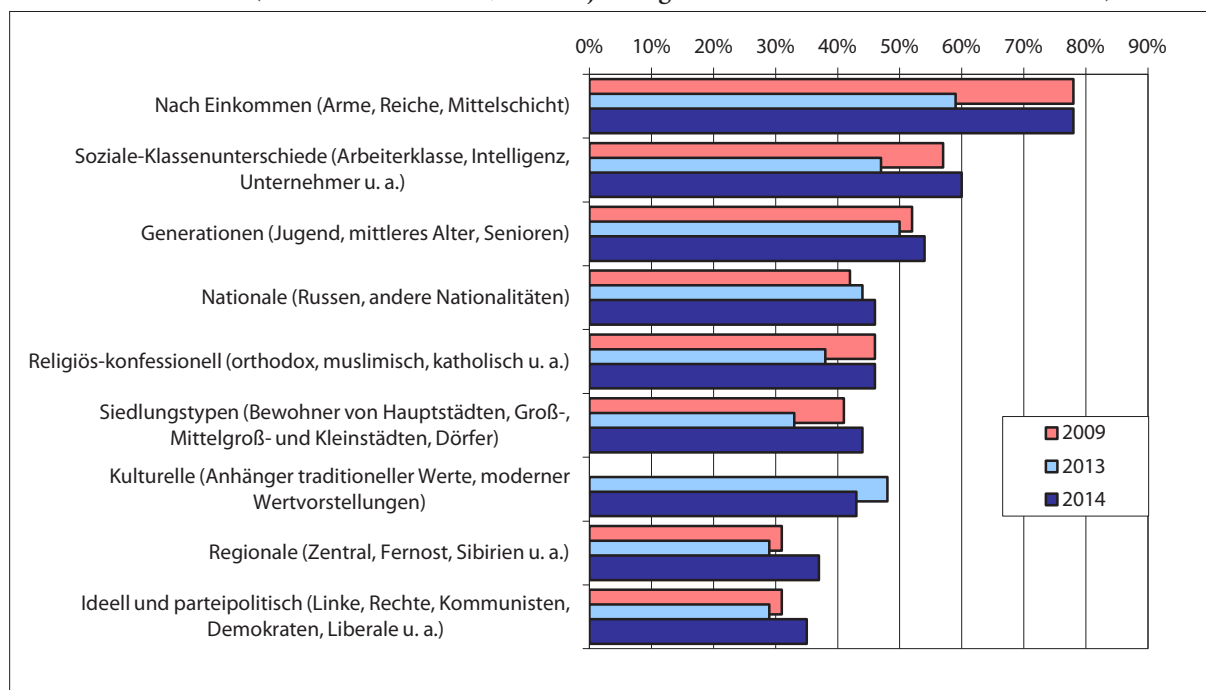
Nationale Einheit und soziale Unterschiede

Grafik 10: Besteht in Russland heute nationale Einheit?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 25.–26. Oktober 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 31. Oktober 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115040>

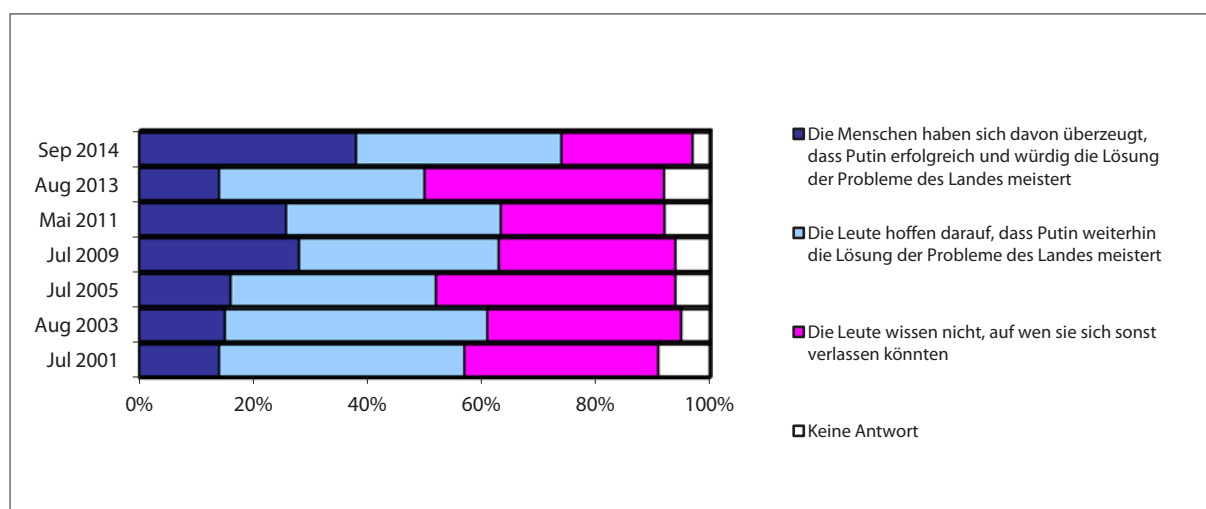
Grafik 11: Welche Unterschiede zwischen Personengruppen und gesellschaftlichen Schichten erscheinen Ihnen relevant? (Anteil der Antworten, die den jeweiligen Unterschied als »relevant« bezeichnen)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 25.–26. Oktober 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 31. Oktober 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=115040>

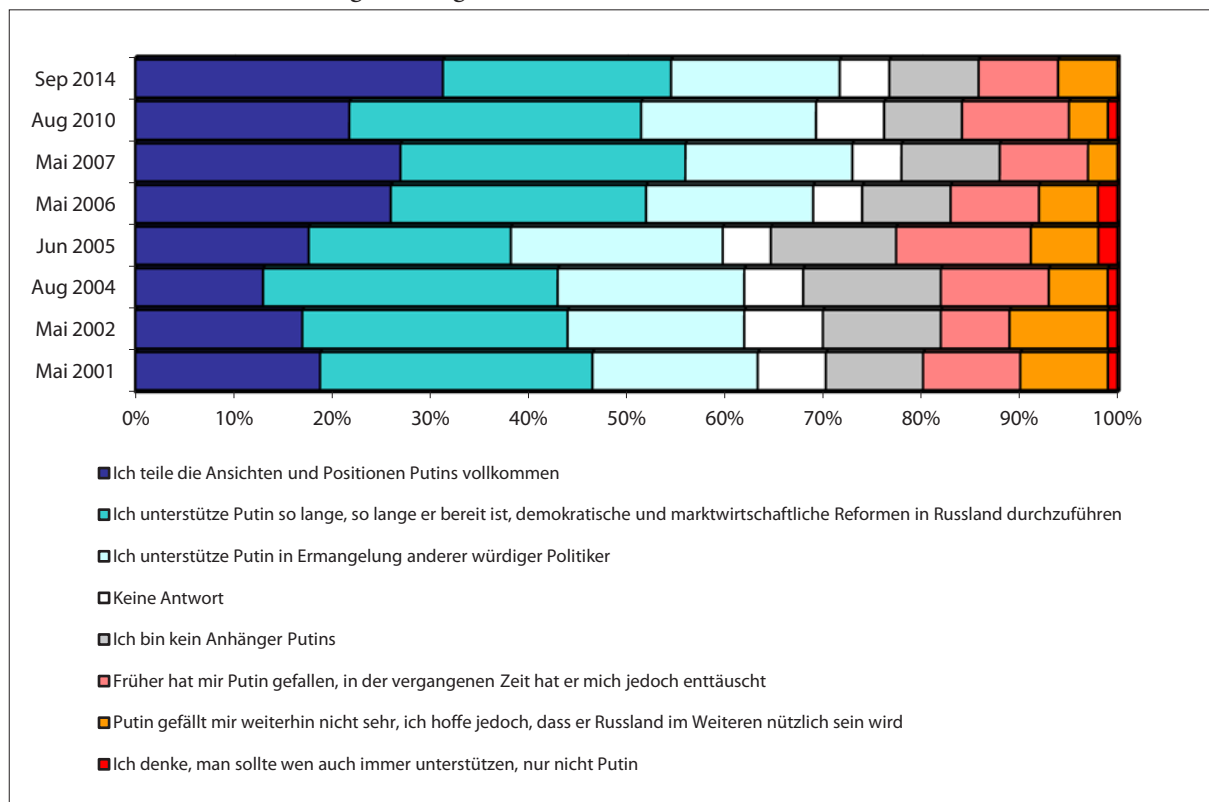
Vertrauen zu Präsident Putin

Grafik 12: Warum vertrauen viele Menschen Wladimir Putin?



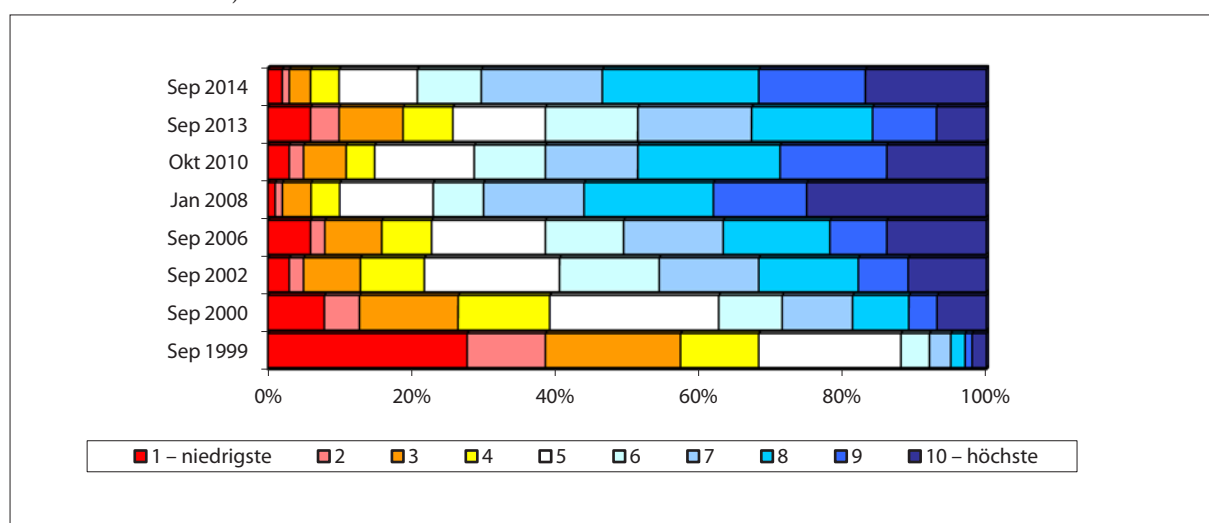
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 15. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/15-10-2014/vladimir-putin-doverie-i-otsenki>

Grafik 13: Welcher Bewertung der Tätigkeit Putins im Amt des Präsidenten würden Sie am ehesten zustimmen?



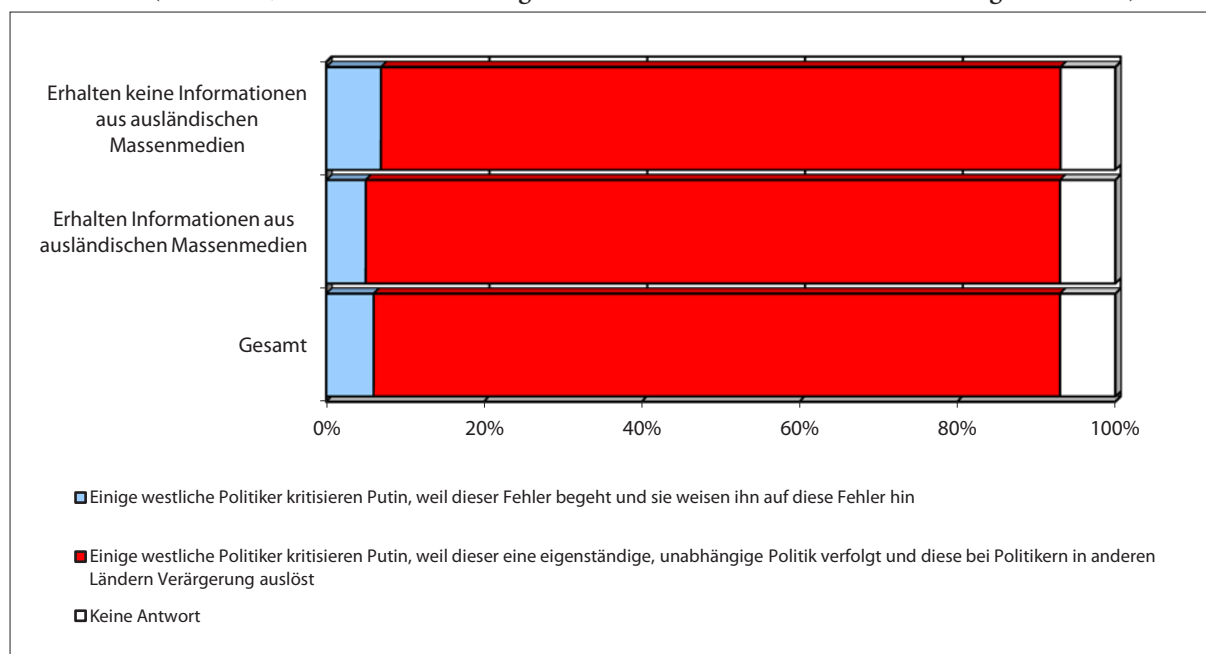
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 15. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/15-10-2014/vladimir-putin-doverie-i-otsenki>

Grafik 14: Welche Note würden Sie Wladimir Putin im Amt des Präsidenten geben? (1 – niedrigste bis 10 – höchste)



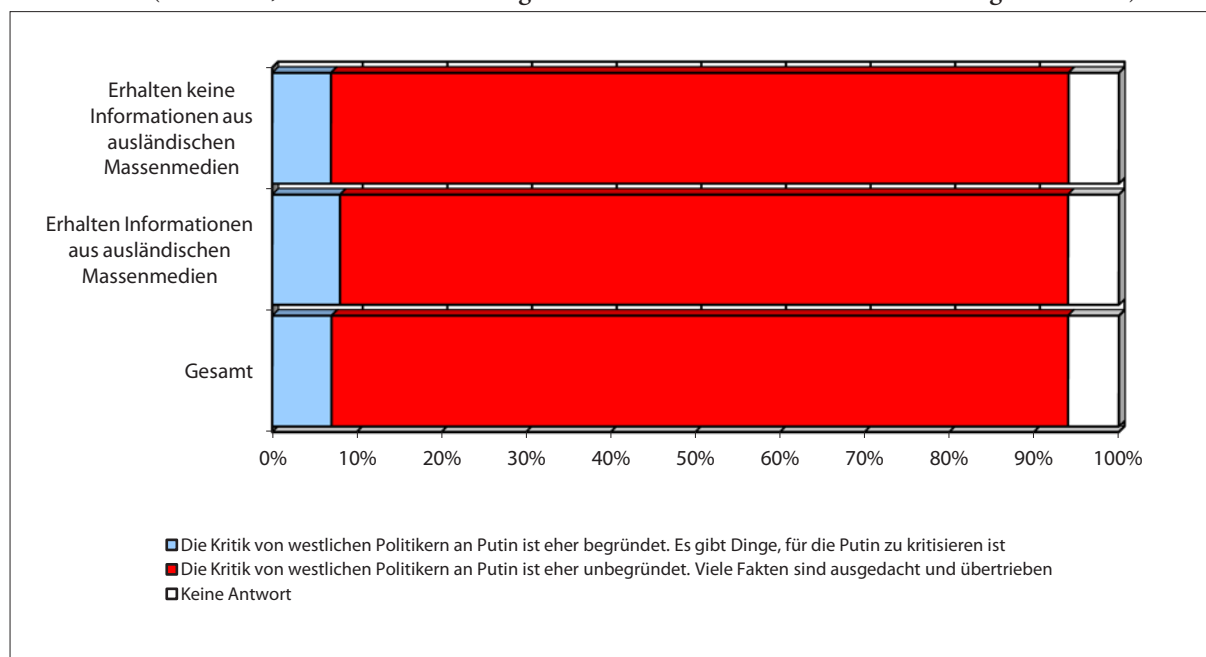
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 15. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/15-10-2014/vladimir-putin-doverie-i-otsenki>

Grafik 15: Mit welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten überein?
(in % derer, die kritische Äußerungen westlicher Politiker an Wladimir Putin gehört haben)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 25.–26. Oktober 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 29. Oktober 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=115037>

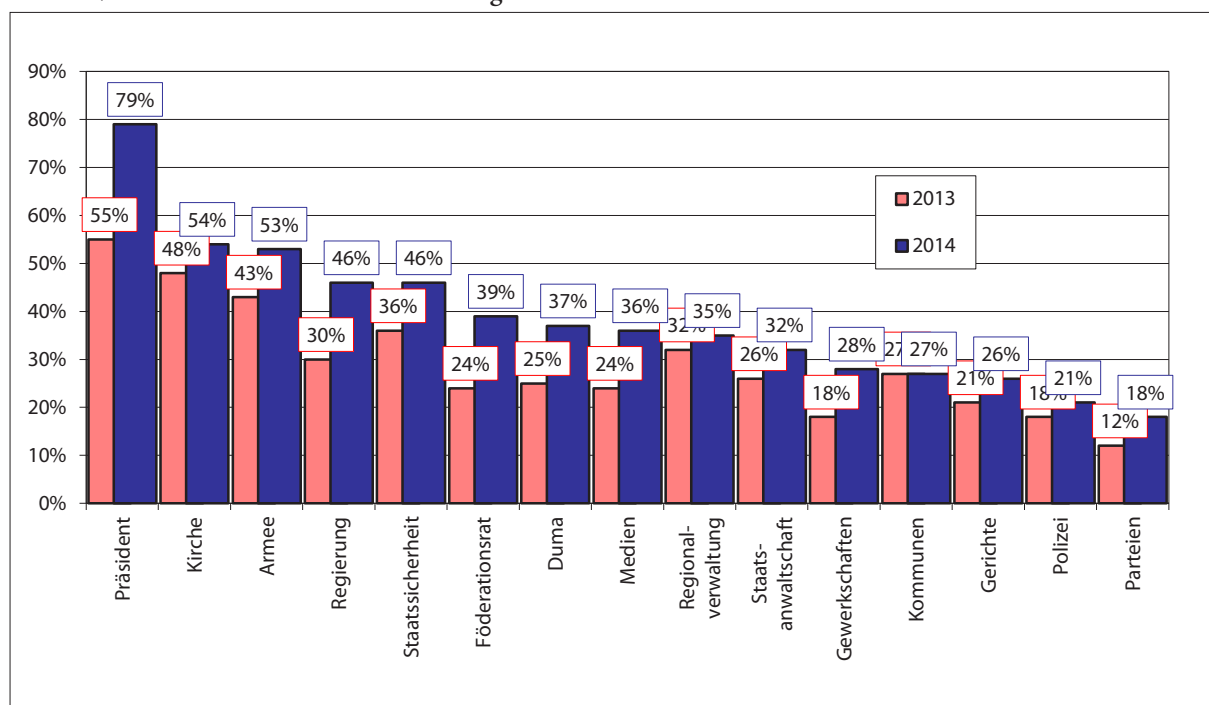
Grafik 16: Mit welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten überein?
(in % derer, die kritische Äußerungen westlicher Politiker an Wladimir Putin gehört haben)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 25.–26. Oktober 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 29. Oktober 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=115037>

Institutionenvertrauen in Russland

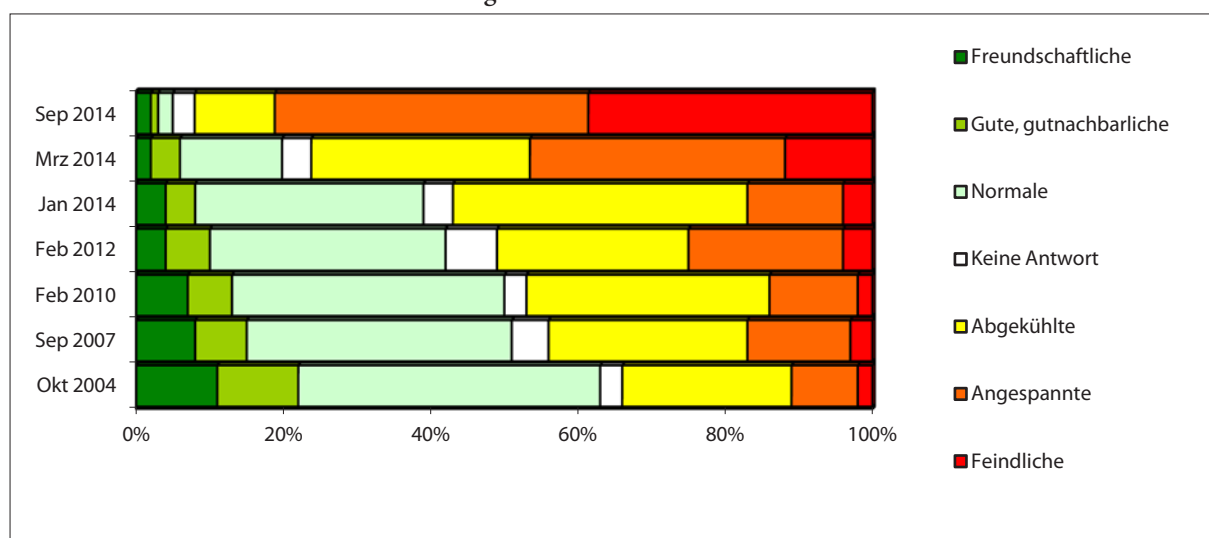
Grafik 17: In welchem Maße verdienen folgende Institutionen Vertrauen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014 <<http://www.levada.ru/print/13-11-2014/doverie-institutam-vlasti>>

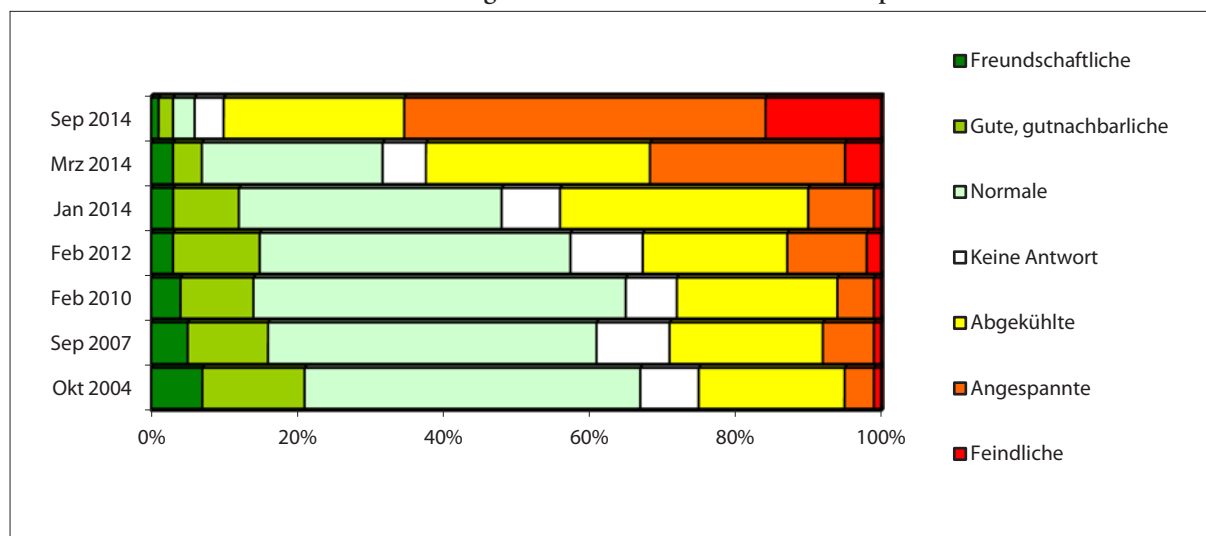
Feinde und Partner Russlands

Grafik 18: Wie bewerten Sie die Beziehungen zwischen Russland und den USA?



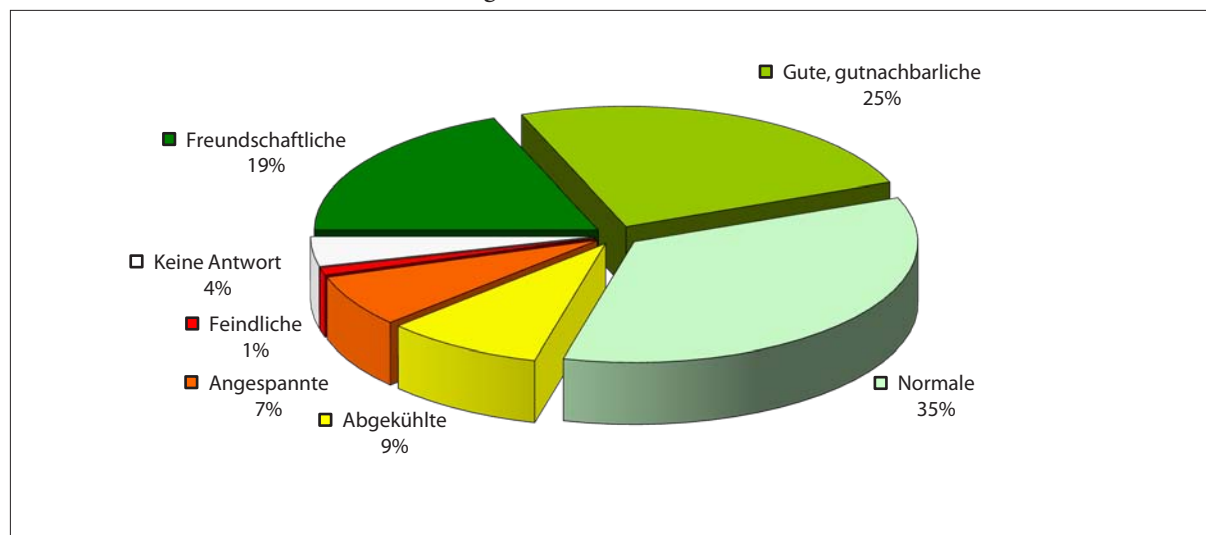
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014 <<http://www.levada.ru/print/21-10-2014/vneshnepoliticheskie-vragi-i-partnery-rossii>>

Grafik 19: Wie bewerten Sie die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union?



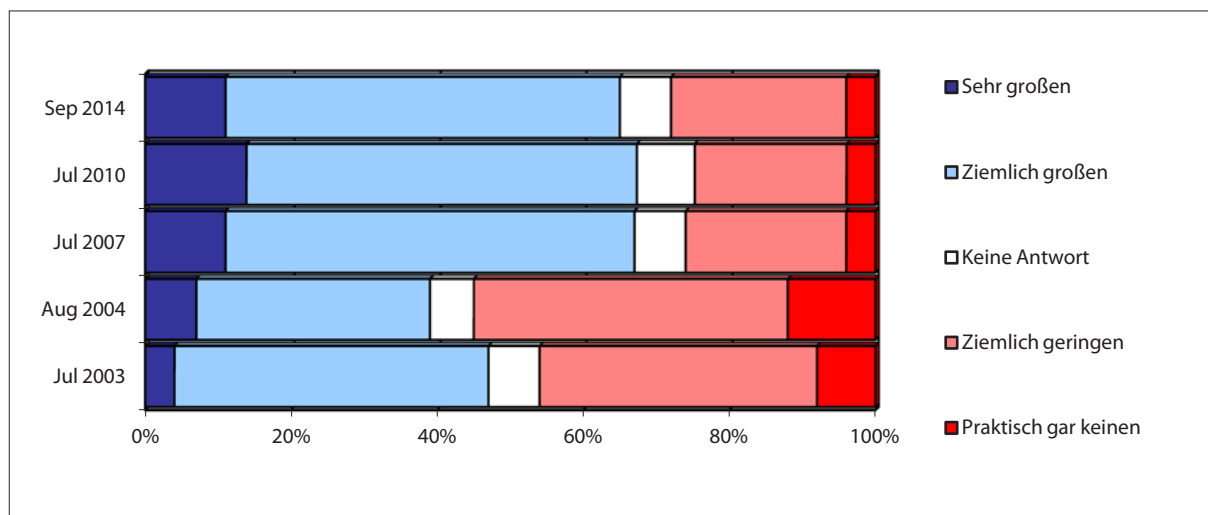
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014 <<http://www.levada.ru/print/21-10-2014/vneshnepoliticheskii-vrag-i-partner-rossii>>

Grafik 20: Wie bewerten Sie die Beziehungen zwischen Russland und China?



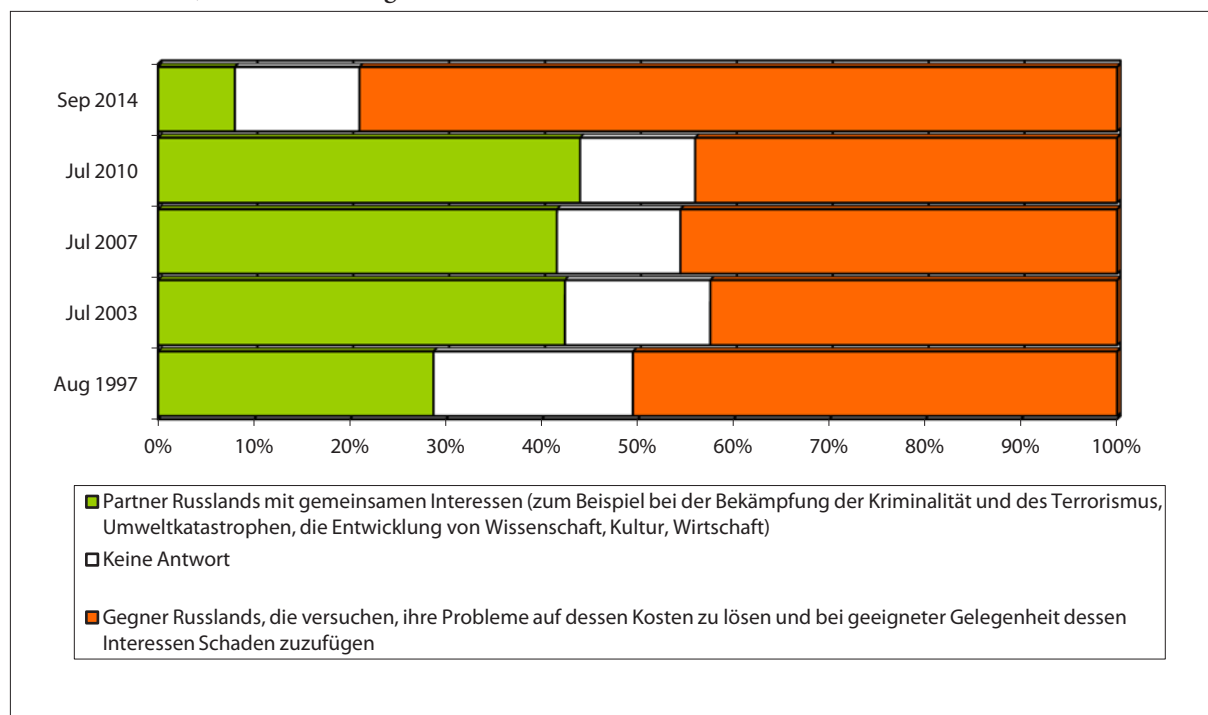
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014 <<http://www.levada.ru/print/21-10-2014/vneshnepoliticheskii-vrag-i-partner-rossii>>

Grafik 21: Welchen Einfluss hat Russland heute in der internationalen Politik?



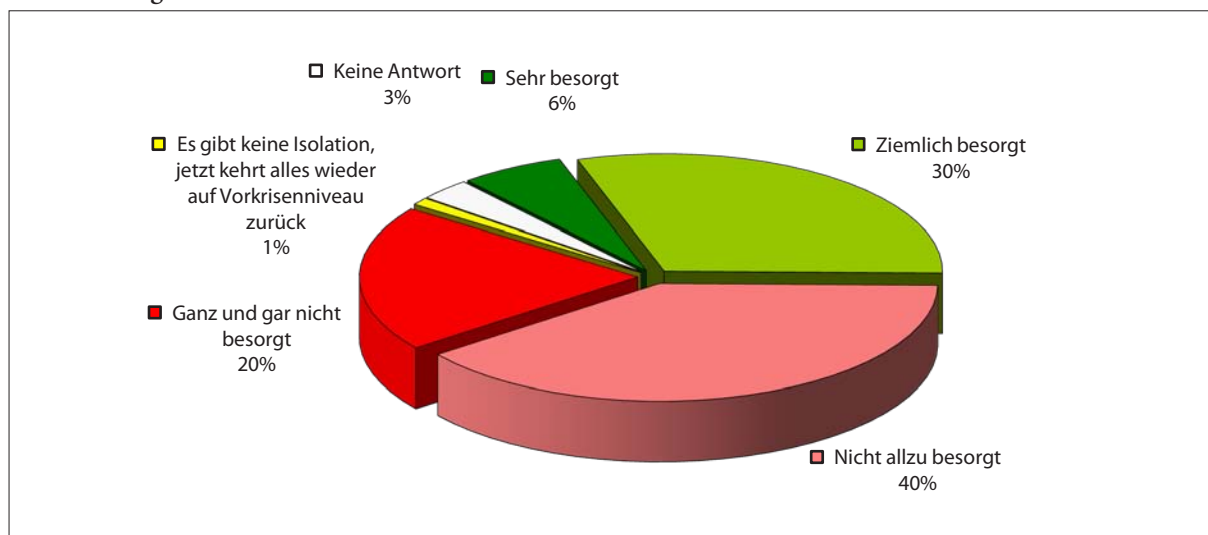
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014 <<http://www.levada.ru/print/21-10-2014/vneshnepoliticheskoe-vragi-i-partnery-rossii>>

Grafik 22: Was meinen Sie, sind die großen westlichen Länder (USA, Deutschland, Japan, Großbritannien u. a.) Partner oder Gegner Russlands?



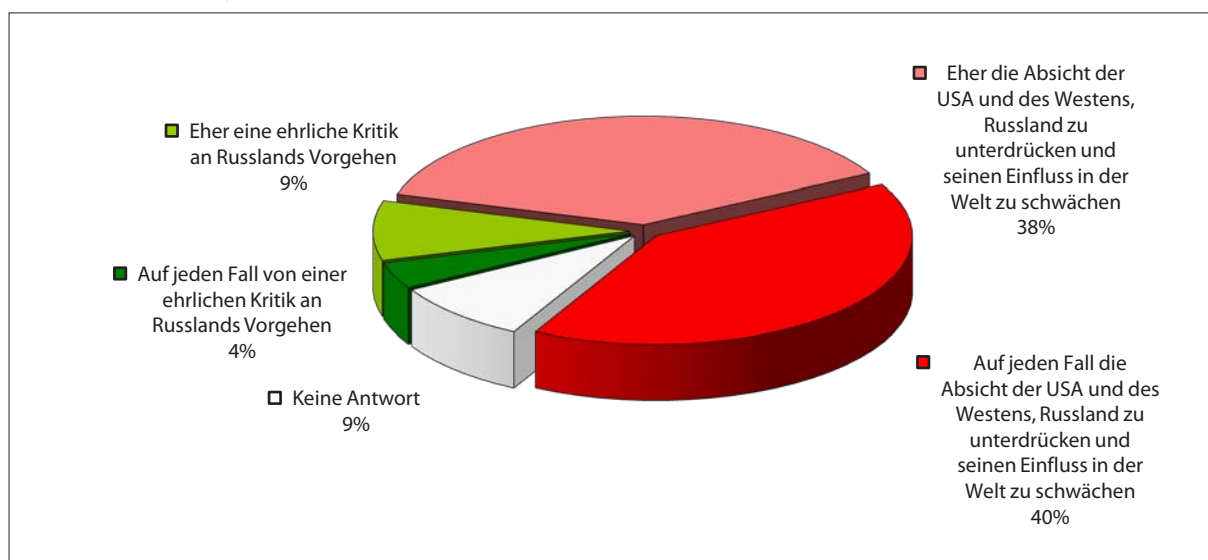
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014 <<http://www.levada.ru/print/21-10-2014/vneshnepoliticheskoe-vragi-i-partnery-rossii>>

Grafik 23: Beunruhigt es Sie, dass Russland im Verlaufe des letzten Jahres in Isolation von der westlichen Welt geraten ist?



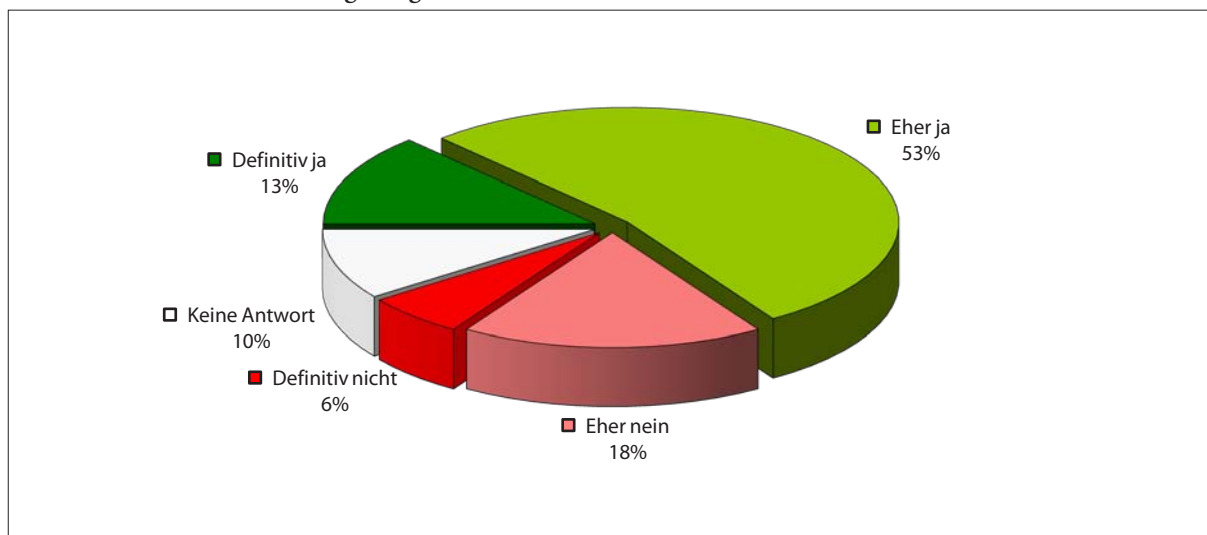
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014 <<http://www.levada.ru/print/21-10-2014/vneshnepoliticheskii-vragi-i-partnery-rossii>>

Grafik 24: Was meinen Sie, zeugt die Gemeinsamkeit der westlichen Länder in Hinsicht auf die Ukraine von ehrlicher Kritik an den Aktivitäten Russlands oder von der Absicht der USA und der westlichen Länder, Russland zu unterdrücken?



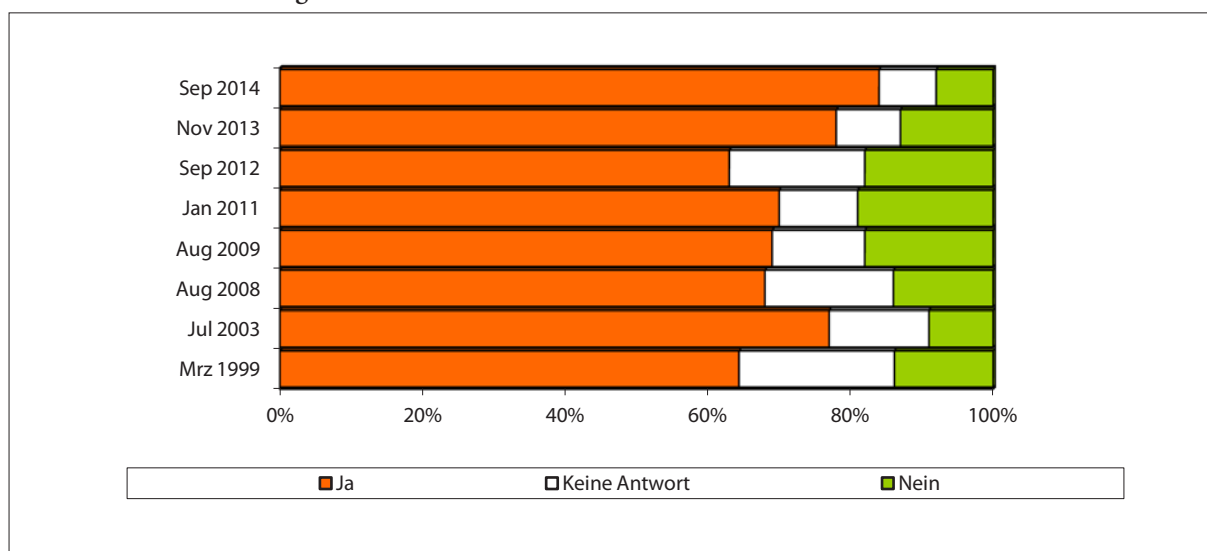
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014 <<http://www.levada.ru/print/21-10-2014/vneshnepoliticheskii-vragi-i-partnery-rossii>>

Grafik 25: Was meinen Sie, muss Russland die Beziehungen zu den USA und anderen Ländern des Westens wieder in Ordnung bringen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014 <<http://www.levada.ru/print/21-10-2014/vneshnepoliticheskie-vragi-i-partnery-rossii>>

Grafik 26: Hat das heutige Russland Feinde?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014 <<http://www.levada.ru/print/21-10-2014/vneshnepoliticheskie-vragi-i-partnery-rossii>>

Regime ohne Zukunft – wie Russland zum Sieger im Ersten Weltkrieg wurde

Jens Siegert, Moskau

Der russischen Führung unter Präsident Putin kann man in den vergangenen Jahren geradezu eine Besessenheit für die Vergangenheit (man kann es auch Geschichte nennen) attestieren. Ständig fühlt sie sich von »Geschichtsfälschern« bedrängt, will, dass »endlich« die »Wahrheit« über dieses oder jenes historische Ereignis gesagt oder geschrieben werde. Folglich gibt es, schon seit Medwedjew, eine staatliche Kommission, die gegen diese angebliche »Geschichtsfälschung« vorgehen soll. Einheitliche und verbindliche Geschichtslehrbücher sollen bereits Schülern die »richtige« Sicht vor allem auf die russische Geschichte (und die ist immer als Geschichte des russischen Staates gemeint) beibringen. Allerjüngstes Beispiel dieser Manie ist ein Gesetzesentwurf, der zum Beispiel andere Darstellungen zum zweiten Weltkrieg als die der Richtersprüche des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals unter strafrechtlichen Vorbehalt stellt.

Im Gegensatz dazu fällt auf, dass die Zukunft, die es doch zu gewinnen gilt, weit weniger, wenn überhaupt, für den Kreml von Interesse ist. Jekaterina Schulman, eine Moskauer Kolumnistin, erklärt dieses Ungleichgewicht zu einer Grundeigenschaft sogenannter »hybrider Regime«, ein neues Modewort um jene neue Art politischer Herrschaft zu beschreiben, die weder demokratisch ist, noch wirklich, im alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens durchdringenden Sinn, diktatorisch. Oder anders ausgedrückt: Die, weil sie behauptet demokratisch zu sein, beides imitieren muss, sowohl demokratische Verfahren und Institute, um den Schein zu wahren, als auch diktatorische Ent- und Geschlossenheit, um an der Macht zu bleiben.

Das reicht aber zur Legitimierung ihrer Herrschaft meist nicht aus. Das Putinsche Regime macht da keine Ausnahme. Hybride Regime haben, im Gegensatz zu den totalitären Regimen des 20. Jahrhunderts, keinen »Traum von der Zukunft«, mit dem die Leiden, die Ungerechtigkeit und die Unfreiheit der Gegenwart gerechtfertigt werden (könnten). Deshalb wenden sie sich zurück. Oder, wie Jekaterina Schulman es ausdrückt, liegt »die lichte Zukunft der hybriden Regime in ihrer Vergangenheit«.

Das zeigt sich übrigens besonders, wenn sie innere oder äußere Aggressionen zu rechtfertigen suchen. Es geht dann dabei selten um Verbesserungen einer schlechten und ungerechten Welt oder die Durchsetzung von Menschenrechten, sondern meist um eine als ungerecht empfundene oder dargestellte Vergangenheit, darum,

vergangene Kränkungen zu rächen oder zu heilen, oder darum, »zurückzuholen«, was nach einem höheren, »geschichtlichen« Recht, so zumindest die Behauptung, zu einem gehört.

Das Problem mit der Geschichte ist nun aber, dass sie schon war, also nicht einfach nur herbeiphantasiert werden kann, sondern zumindest aus vorhandenen Bausteinen konstruiert werden muss. Sie muss zudem den jeweiligen heutigen (Macht-)Bedürfnissen der hybriden Herrscher immer wieder angepasst werden, Bedürfnissen, die sich, je nach politischer Lage und Herausforderung, mitunter schnell und oft ändern. Die Sowjetunion war darin schon sehr erfahren. Nicht umsonst scherzten ihre Bewohner, nichts sei so unsicher, wie die Vergangenheit. In Russland war das, vor allem unter Jelzin, aber auch noch unter dem frühen Putin, einigermaßen aus der Mode gekommen. Seit einiger Zeit ist es aber unter dem Vorwand zurechtzurücken, was »der Westen« schief gelogen habe, wieder hoch aktuell.

Bisher ging es dabei meist um den Zweiten Weltkrieg, in dem angeblich Russland »vom Westen« die Teilhabe am Sieg abgesprochen werde. Dieser Krieg spielt, systematisch seit Breschnew, eine zentrale Rolle in der staatsrussischen Historiographie. Er ist sowohl (Haupt-)Quelle des russischen Großmachtsanspruchs als auch wichtigstes moralisches Reservoir eines hartnäckig behaupteten »guten« Russland, das nie angegriffen hat und sich immer nur verteidigen musste. Ich habe dieses Geschichtsbild, das das russische 20. Jahrhundert als eine Aneinanderreihung von ethisch einwandfreien Siegen darstellt, vor etwa einem Jahr hier in den Notizen unter der Überschrift »Russische Erinnerung – bisher lieber einfach als kompliziert« ausführlich dargestellt (<<http://russland.boellblog.org/2013/10/30/russische-erinnerung-bisher-lieber-einfach-als-kompliziert/>>).

Dort schrieb ich bewusst nur über das 20. Jahrhundert. Denn wer weiter zurück wollte, traf bisher auf ein fast unsichtbares, aber trotzdem unüberwindbares Hindernis, den Ersten Weltkrieg. In der sowjetischen Geschichtsschreibung war der Erste Weltkrieg ein »imperialistischer Krieg«, an dem auch das »Russische Imperium«, das die Sowjetunion ja durch eine Revolution überwunden hatte, nicht unschuldig war. Grob gesagt, war es dieser Geschichtsdeutung nach seinerzeit das Streben aller Großmächte, die Welt unter sich aufzuteilen, ohne dass sie sich friedlich einigen konnten. So kam es zum großen Krieg, an dem alle mehr (Deutschland, Habsburg) oder weniger (Großbritannien, Frank-

reich, aber eben auch das zaristische, in sozialer und politischer Hinsicht »rückständige« Russland) gleich schuldig waren.

Im kollektiven Gedächtnis in Russland wurde der Erste Weltkrieg so zu einem Neutrum. Es gab keine Veteranen, keine Heldentaten, die man hätte feiern können, weil sich die russischen Soldaten sofort nach Ende des Krieges in Rote und Weiße teilten. Wie hätten die künftigen Rotarmisten auch als Weltkriegshelden geehrt werden können, ohne ihre ehemaligen Kameraden zu vergessen, die nun allerdings zu verachtenswerten Konterrevolutionären geworden waren?

Seit diesem Sommer hat sich das geändert, wie der Moskauer Historiker Nikita Sokolow, Chefredakteur der Zeitschrift »Otetschestvennyje Sapiski«, am 14. November dieses Jahres in einem glänzenden Vortrag auf dem von der Heinrich-Böll-Stiftung und Memorial veranstalteten 4. Europäischen Geschichtsforum in Berlin darlegte.

Alles begann mit der Einweihung einer Gedenkstätte für die gefallenen russischen Soldaten des Ersten Weltkriegs auf dem Gelände der zentralen Gedenkstätte für die Helden und Heldinnen des Zweiten Weltkriegs, oder besser: des Großen Vaterländischen Krieg auf der »Poklonnaja gora«, etwa zehn Kilometer westlich des Kreml in Moskau, die Wladimir Putin mit dem Ausruf »Ruhm den russischen Waffen« beendete. An diesem 1. August 2014 sprach er auch erstmals davon, dass Russland seinerzeit eigentlich zu den Siegern gehört habe. Der Sieg sei dem Land aber gestohlen worden.

Am 5. November, bei einem Treffen mit jungen Historikern (man muss wohl eher von einer Vorlesung sprechen), wurde Putin genauer. Er sagte (ich zitiere nach Sokolow): »In diesem Jahr reden wir viel über den Ersten Weltkrieg [...]. Wir haben praktisch die Namen vieler unserer vergessenen Helden zurückgeholt und wir haben den damaligen Ereignissen und Ergebnissen, die für Russland tragisch waren, neue, ausreichend objektive Bewertungen gegeben. Warum war das so? Wir

sind von innen zerstört worden, das ist passiert. Russland hat sich selbst zum Verlierer erklärt. Wem gegenüber? Einem Land, das selbst den Krieg verloren hat. Das ist doch Unsinn.«

Was Putin verklausuliert, aber doch wohl meint, sprach etwas später, am 13. November, der populäre rechtsnationalistische Publizist Nikolaj Starikow in der Fernsehsendung »Ein Abend mit Wladimir Solowjow«, einer allabendlichen Propagandashow im staatlichen Fernsehkanal »Rossija 1«, unverblümt aus: »Warum haben wir im Ersten Weltkrieg nicht gewonnen, obwohl wir alles dafür hatten? Weil es Verräter gab. Und das waren nicht die Bolschewiki. Im Februar 1917 wurde Russland nämlich von den Liberalen verraten. Die haben gemeinsam mit der englischen Botschaft einen Staatsstreich organisiert.«

So weit wie Starikow, also Liberale zusammen mit dem (damaligen) Westen einer Verschwörung zu zeihen, um Russland (nicht der Sowjetunion!) den eigentlich verdienten Sieg zu nehmen, würde der Kreml (momentan noch) nicht gehen. Das hat aber eher damit zu tun, dass dann ganz schnell auch die Bolschewiki ins Verräterlicht gerieten, denn sie haben den Frieden von Brest-Litowsk mit Deutschland geschlossen, dessen »Schande« bisher dem Zarenreich zugerechnet wurde, weil es sich nicht ausreichend zu modernisieren verstanden hatte.

Das aber würde nicht in das Putinsche Konzept von einem immer siegreichen und immer guten Russland passen; von einem von Feinden umzingelten Russland, das sich immer nur verteidigt, und zwar nicht nur sich, sondern auch andere vom jeweiligen Weltübel bedrohte Freunde, Brüder und Schwestern; vor hundert Jahren die Serben und heute eben die »russische Welt« außerhalb der Grenzen Russlands: im März auf der Krim, seit dem Sommer im Donbass. Fortsetzung – leider – nicht ausgeschlossen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

CHRONIK

6. – 20. November 2014

06.11.2014	Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates Russlands. Auf der Tagesordnung steht die Situation in der Ostukraine, die durch häufige Verletzungen der Waffenruhe gekennzeichnet sind.
06.11.2014	Das Moskauer Wirtschaftsgericht verurteilt die Zeitschrift »Russkij Reportjor« und die Mediengruppe »Ekspert« zu einer Strafzahlung von 46,5 Mio. Rubel (ca. 785.000 €) an das »Institut für Stammzellen des Menschen« (ISKTsch) wegen Rufschädigung. Die Zeitschrift hatte dem Institut in einem Bericht im Januar 2013 Betrug vorgeworfen.
07.11.2014	Das Wirtschaftsgericht im Swerdlowsker Gebiet verurteilt Aksana Panowa zur Zahlung von 27,6 Mio. Rubel (ca. 466.000 €) zum Wohle der Informationsagentur »Ura.ru«, die Panowa bis 2012 geleitet hatte. Panowa habe während ihrer Leitung der Informationsagentur einen Schaden in dieser Höhe verursacht. Die Räumlichkeiten ihrer neuen Internetzeitung »Znak.com« sowie ihre Privatwohnung werden beschlagnahmt.
08.11.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein amerikanischer Amtskollege John Kerry kommen am Rande des APEC-Gipfels in Peking zusammen. Eines der zentralen Themen des Treffens ist die Situation in der Ukraine.
08.11.2014	Die Beobachtermision der OSZE in der Ostukraine meldet einen Konvoi von etwa 40 Lastwagen mit schwerem Gerät und Panzerfahrzeugen sowie Treibstofftransportern in dem von Separatisten kontrollierten Gebiet, der sich in westliche Richtung bewegt. Die OSZE macht keine Angaben darüber, welcher Kriegspartei die Kolonne zuzuordnen ist.
09.11.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt am APEC-Gipfel in Peking teil. Bei einem Gespräch mit dem japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe stehen die Situation in der Ukraine, die Arbeit an einem Friedensvertrag zwischen Russland und Japan sowie ein möglicher Japanbesuch Putins im kommenden Jahr auf der Agenda.
09.11.2014	In Anwesenheit von Präsident Putin und seinem Chinesischen Amtkollegen Xi Jinping werden mehrere bilaterale Abkommen unterzeichnet, darunter eines über die Zusammenarbeit im Gassektor und ein Memorandum über Erdgaslieferungen aus Westsibirien nach China ab 2019.
09.11.2014	Die Beobachtermision der OSZE in der Ostukraine meldet zwei Konvois von jeweils 17 Lastwagen, die östlich von Donezk auf dem von Separatisten kontrollierten Gebiet beobachtet werden. Dabei wurden fünf Raketenabwehrsysteme vom Typ »Grad« und zwölf 122-mm Haubitzen gezählt.
10.11.2014	Der Föderale Dienst für die Medienaufsicht »Roskomsnadzor« spricht dem Journal »Russkij Reportjor« wegen der Verwendung von Kraftausdrücken eine Verwarnung aus. Nach zwei Verwarnungen kann einem Presseerzeugnis die Lizenz entzogen werden.
10.11.2014	Die russische Hauptmilitärstaatsanwaltschaft bestätigt nach einer Anfrage von Lew Schlosberg, einem Abgeordneten von »Jabloko« im Abgeordnetenhaus des Gebietes Pskow, den Tod von 12 Soldaten von Juli bis September 2014 »bei der Ausübung ihrer Dienstpflichten« außerhalb ihres regulären Stationierungsorts. Schlosberg hatte im August davon berichtet, dass Soldaten der in Pskow stationierten Luftlandetruppen in der Ostukraine umgekommen seien. Die Militärstaatsanwaltschaft verweigerte weitere Informationen zu diesem Thema mit der Begründung, diese fielen unter die Geheimhaltung.
10.11.2014	Der Fernsehsender »CNN International« stellt ab dem 31. Dezember 2014 sein Programm im russischen Kabelnetz ein. Als Grund wird die Novellierung des Mediengesetzes genannt. Der zulässige Anteil ausländischen Kapitals bei Medienunternehmen war im September auf 20 % begrenzt worden.
10.– 11.11.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Peking an der feierlichen Eröffnung des APEC-Gipfels teil. Dort geht es u. a. um Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und der Weiterentwicklung der Kooperationsinfrastruktur. Am Rande des Gipfels kommt Putin zu einem kurzen Gespräch mit US-Präsident Obama zusammen. Dabei werden die bilateralen Beziehungen und die Situation in Syrien, der Ukraine und dem Iran besprochen.
11.11.2014	Die Beobachtermision der OSZE in der Ostukraine meldet einen weiteren Konvoi aus 43 Militärfahrzeugen in Donezk. Dabei werden fünf »122-mm Haubitzen« und fünf Mehrfachraketenwerfer (MLRS) gezählt.
11.11.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet eine Gesetzesänderung, die es Parteien verbietet, mit NGOs, die als »ausländische Agenten« eingestuft sind, Verträge abzuschließen.
11.11.2014	Russland und der Iran unterzeichnen ein Abkommen über den Bau von zwei neuen Reaktorblöcken am Atomkraftwerk »Busher«.
11.11.2014	Andrej Isajew (»Einiges Russland«) wird zum stellvertretenden Sprecher der russischen Staatsduma gewählt.
12.11.2014	Die »Konföderation der Arbeit Russlands«, eine Vereinigung russischer Gewerkschaften, kündigt zum 29. und 30. November russlandweite Proteste »für eine würdige Medizin« an. Es soll gegen Kürzungen, die Schließung von medizinischen Einrichtungen, die Überlastung des Personals, geringe Löhne und die Kommerzialisierung des Gesundheitssystems protestiert werden.
12.11.2014	Der Sprecher des russischen Verteidigungsministerium Generalmajor Igor Konaschenkow weist Äußerungen von General Philip Breedlove, dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, zurück, der erklärt hatte, russische Militärkonvois seien in die Ostukraine eingedrungen. Konaschenkow zufolge gebe es dafür keinerlei Fakten.

12.11.2014	Der Ölpreis der Nordseemarle »Brent« fällt an der Ölbörse in London erstmals seit vier Jahren unter den Wert von 80 US-Dollar.
13.11.2014	Vier russische Kriegsschiffe werden in internationalen Gewässern nördlich von Australien gemeldet.
13.11.2014	Alexander Lukaschewitsch, offizieller Sprecher des russischen Außenministeriums, erklärt, dass die einseitigen Berichte der OSZE in der Ukraine keine Atmosphäre des Vertrauens schaffen würden. Die hastige Verbreitung eines Sonderberichts über militärische Fahrzeugkolonnen in der »Volksrepublik Donezk« würde die Bewegungen der ukrainischen Streitkräfte völlig ignorieren.
14.11.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert den Hausarrest des Milliardärs und Eigentümers der Holding »Sistema«, Wladimir Jewtuschenkow, bis Mitte März 2015.
14.11.2014	Präsident Wladimir Putin erklärt, dass Russland auch einen »katastrophalen Rückgang« des Ölpreises verkraften werde. Der Ölpreis der Marke »Brent« wird derweil mit \$ 77 gehandelt.
15.11.2014	Im australischen Brisbane kommen die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen zum G-20 Gipfel zusammen. Der Konflikt in der Ostukraine überschattet das Gipfeltreffen und dominiert die Gespräche von Präsident Wladimir Putin mit dem französischen Präsidenten Francois Hollande, dem britischen Premier David Cameron, dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi. Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel führt Putin ein dreistündiges Gespräch, zu dem auch der neue EU-Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker zugezogen wird. Putin verlässt den Gipfel vor den anderen Teilnehmern.
15.11.2014	Die Partei RPR-PARNAS (Republikanische Partei Russlands – Partei der Volksfreiheit) veranstaltet in Moskau einen Kongress zur Gründung einer politischen Koalition mit dem Namen »Europäische Wahl«. Diese soll die Protestaktivitäten und die Menschenrechtsarbeit sowie die Teilnahme an den Dumawahlen 2016 und den Präsidentschaftswahlen 2018 koordinieren.
15.11.2014	Die russische Regierung weist die Stellvertretende Leiterin der Politischen Abteilung der deutschen Botschaft aus Russland aus. Dabei handelt es sich offenbar um eine Reaktion auf die Ausweisung eines russischen Diplomaten durch die deutschen Behörden, die diesem Spionage vorwerfen.
16.11.2014	Ein siebter Hilfskonvoi des russischen Katastrophenschutzministeriums überquert die Grenze zur Ostukraine. 74 Lastwagen transportieren mehr als 450 Tonnen an Hilfsgütern in die von Separatisten kontrollierten Gebiete um Luhansk und Donezk. Die Lieferung umfasst elektrotechnische Ausrüstung und Zubehör, Baumaterial und Treibstoff.
16.11.2014	Im Moskauer Stadtzentrum kommt es nach einer Störung in einer Gasverteilerstation in 18 Wohnungen in 14 verschiedenen Gebäuden zu Gasexplosionen. Vier Personen werden verletzt, ca. 600 Personen evakuiert. Der stellvertretende Bürgermeister Pjotr Birjukow verspricht, die Wohnungen auf Kosten der Stadt renovieren zu lassen.
16.11.2014	Nach Angaben der Bewegung »Moskauer Autofahrer« nehmen ca. 500 Personen mit ihren Autos an einer Protestaktion gegen die städtische Politik des Parkraummanagements und des kostenpflichtigen Abschleppens teil. Fünf Personen werden wegen der Organisation einer nicht genehmigten Versammlung vorübergehend festgenommen.
16.11.2014	Die ARD strahlt ein Interview mit Präsident Putin aus, das am 13. November in Wladiwostok aufgezeichnet wurde. Darin bezeichnet Putin die Reaktion des Westens auf den »Beitritt der Krim zu Russland« als inadäquat und verweist auf Kosovo als Präzedenzfall.
17.11.2014	Bundeskanzlerin Angela Merkel thematisiert den Russland-Ukraine-Konflikt in Ihrer Rede am Lowy Institut für Internationale Politik in Sydney. Sie kritisiert die russische Position deutlich, plädiert aber mit Nachdruck für die intensive Fortsetzung der Gespräche, um bald eine politische Lösung zu finden.
17.11.2014	Das russische Oberste Gericht gibt einer Klage der Generalstaatsanwaltschaft statt und stuft den ukrainischen »Rechten Sektor« sowie die »Ukrainische Nationalversammlung – Ukrainische Selbstverteidigung des Volkes« (UNA-UNSO) als extremistische Organisationen ein, deren Tätigkeit in Russland verboten wird.
17.11.2014	Russland weist mehrere polnische Diplomaten aus. Der Schritt ist eine Reaktion auf die Ausweisung russischer Diplomaten aus Warschau.
17.11.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt Ella Pamfilowa, die Menschenrechtsbeauftragte beim Präsidenten, in seiner Residenz. Unter anderem wird erörtert, auf welchem Wege als »ausländische Agenten« registrierte NGOs nach Ende der ausländischen Finanzierung wieder von der Liste der »ausländischen Agenten« gestrichen werden können.
17.11.2014	Im Rayon Sunshenks (Tschetschenien) werden vier Untergrundkämpfer bei einem Polizeieinsatz getötet. Zwei Polizisten werden bei dem Einsatz verletzt.
18.11.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet Änderungen im Steuerekodex, die der »De-Offshorisierung« der Wirtschaft dienen sollen. In Zukunft müssen Einkünfte aus Offshore-Firmen in Russland versteuert werden, wenn der Steuerpflichtige über 25 % eines ausländischen Unternehmens besitzt (bei Familienbesitz ab 50 %). Bei der Nichtangabe von Einkünften drohen Geldstrafen von mindestens 100.000 Rubel (ca. 1.700 €).

18.11.2014	Finanzminister Anton Siluanow erklärt in einem Interview mit der Agentur Bloomberg, dass die russische Wirtschaft in eine Rezession gerät, wenn der Ölpreis im kommenden Jahr unter 60 US-Dollar fällt. Die Situation sei jedoch nicht mit der Wirtschaftskrise 2008/09 vergleichbar. Der Staat werde seinen sozialen Verpflichtungen nachkommen.
18.11.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet einen Erlass, der bei Vorliegen der entsprechenden Dokumente das Mitführen von Waffen zur Selbstverteidigung erlaubt. Als Selbstverteidigungswaffen werden u. a. Schreckschuss- und Gaspistolen zugelassen. Das Innenministerium erklärt, die Anweisung ändere nichts an den bisherigen Regelungen, die einen Waffenschein für das Mitführen bestimmter Waffenarten notwendig macht.
18.11.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht gibt dem Antrag des Musikers Andrej Makarewitsch statt und verurteilt Alexander Prochanow, den Herausgeber der rechtsradikalen Zeitung »Sawtra« (Morgen), und die Zeitung »Iswestija« zur Zahlung eines Schmerzensgeldes in Höhe von 500.000 Rubel (ca. 8.500 €) an den Musiker, und zwar als Kompensation für entstandenen moralischen Schaden. Prochanow hatte Makarewitsch beschuldigt, durch seinen Auftritt in der Ostukraine die Kiewer Militärs unterstützt zu haben. Makarewitsch war nach seinem Auftritt vor Flüchtlingen in der Ostukraine aufgetreten und in einer Medienkampagne als »Feind Russlands« und Angehöriger der »Fünften Kolonne« verleumdet worden.
18.11.2014	Präsident Wladimir Putin stellt sich auf der Sitzung des zweiten »Forum der Taten« der »Allrussischen Volksfront« (ONF) den Fragen und Bitten der ONF-Delegierten. Zentrale Themen sind die Umsetzung von Putins »Mai-Erlass« von 2012 und die Entwicklung der russischen Wirtschaft unter den Bedingungen der Sanktionen.
18.11.2014	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier trifft nach einem Kiew-Besuch in Moskau ein, um mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow Gespräche über die Russland-Ukraine-Krise zu führen. Steinmeier wird überraschend von Präsident Putin zu einem Abendessen eingeladen.
19.11.2014	Die Abgeordneten im Autonomen Bezirk der Chanten und Mansen – Jugra sowie die Abgeordneten im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen stimmen für eine Abschaffung der Direktwahl ihrer Gouverneure. Diese wird in Zukunft von den Bezirksparlamenten gewählt.
19.11.2014	Das Moskauer Stadtgericht bestätigt das Urteil gegen Dmitrij Ischewskij, der im »Bolotnaja Fall« wegen Beteiligung an Massenunruhen und Widerstand gegen Polizeibeamte zu drei Jahren und zwei Monaten Lagerhaft verurteilt worden war. Ischewskij hatte ein Geständnis abgelegt und um ein vereinfachtes Verfahren gebeten – ohne Beweiswürdigung und Zeugenbefragung.
19.11.2014	Regierungssitzung bei Präsident Wladimir Putin Im Zentrum steht die Frage der Effizienzsteigerung von Staatsunternehmen und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung. Bonuszahlungen an deren Vorsitzende sollen an die Umsetzung von Leistungskennzahlen (KPI) und langfristige Entwicklungsprogramme geknüpft werden. Außerdem werden der Föderalhaushalt für 2015 und die Haushaltsplanung für 2016–2017 besprochen.
20.11.2014	Die Regierung Russlands gibt die Quoten für 2015 zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen an ausländische Staatsangehörige und Staatenlose bekannt. Die insgesamt 126.055 Aufenthaltserlaubnisse (2014: 146.627) sollen auf die Föderationssubjekte verteilt werden (Moskau: 2.000; Moskauer Gebiet: 8.000; Krim / Sewastopol: 1.900; Region Chabarowsk: 800); sie wurden »auf Vorschlag der regionalen Behörden unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und Migrationssituation« festgelegt.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Abstracts von Artikeln aus Osteuropa 8/2014 mit Russlandbezug

OSTEUROPA 8/2014 ist erschienen: Neben Beiträgen zu Russlands Krieg in der Ukraine sowie Kämpfern aus dem Nordkaukasus im syrischen Bürgerkrieg steht die Frage im Mittelpunkt, ob Putins autoritäre Herrschaft Legitimität beanspruchen kann. Nikolaj Petrov prophezeit den Kollaps des Putin-Regimes. Das Heft hat 160 Seiten und kostet 12,00 € (für Studenten 9,00 €) und ist zu bestellen unter osteuroopa@dgo-online.org. Es enthält folgende Beiträge:

Nikolay Mitrokhin

Infiltration, Instruktion, Invasion

Russlands Krieg in der Ukraine

Russland hat Anfang April 2014 eine Spezialoperation zur Destabilisierung der Ukraine begonnen. In einer ersten Phase unterstützten Mitglieder von Sondereinsatztruppen sowie Geheimdienstoffiziere Kriminelle aus dem Donbass und aus Russland eingereiste russische Nationalisten dabei, in einigen Städten des Donbass die Macht zu ergreifen. Ab Mitte Mai strömten in großer Zahl über Wehrerfassungsämter rekrutierte ehemalige Kämpfer aus den Kriegen in Afghanistan und Tschetschenien sowie politisierte Anhänger imperialer Organisationen aus Russland in die Ukraine. Als es der ukrainischen Armee gleichwohl gelang, die Nachschubwege aus Russland in den Donbass zu unterbrechen, schickte Moskau in der zweiten Augustwoche reguläre Verbände. Diese schlugen die ukrainische Armee zurück und erzwangen den – äußerst brüchigen – Waffenstillstand. Militärisch hat Russland einen Sieg errungen. Politisch ist das Ergebnis dieses Kriegs völlig offen.

Emil Souleimanov

Von Groznyj nach Aleppo

Nordkaukasische Dschihadisten im syrischen Bürgerkrieg

Der Bürgerkrieg in Syrien hat Hunderte Kämpfer aus dem Nordostkaukasus angezogen. Mit Omar-al Schischani ist einer der wichtigsten militärischen Führer der Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) ein Tschetschene. Die Dschihadisten aus Dagestan, aus der weltweiten tschetschenischen Diaspora sowie dem von tschetschenischen Kisten besiedelten nordgeorgischen Pankissi-Tal wollen mit ihrem Einsatz gegen das Assad-Regime einen Verbündeten Russlands schwächen, nachdem der Kampf in Russland für sie und ihre Familien zu gefährlich geworden ist. Auch wenn sie in die Rhetorik vom Kampf gegen die Ungläubigen einstimmen, geht es den meisten darum, den Kampf zurück in ihre Heimat zu tragen. Dies hat Anfang 2014 zu einer Spaltung zwischen der internationalistischen IS und den bei der Nusra-Front kämpfenden Nordkaukasiern geführt.

Timm Beichelt

Legitimer Autoritarismus?

Politische Stabilität im postsowjetischen Raum

Jahrzehntelang schien in der westlichen Forschung der Glaube an den Referenzcharakter des westlichen Demokratie-modells ungebrochen. Demokratien gelten als stabil und legitim, Autokratien als nur begrenzt legitimierbar. Wie ist es aber zu erklären, dass viele autoritäre Regime vor allem im postsowjetischen Raum durchaus stabil sind und in der Bevölkerung akzeptiert? Die Literatur unterscheidet legale, normative und empirische Aspekte von legitimer Machtausübung. Machterhalt sei gesichert durch eine autoritätsgläubige Mentalität, durch Kooperation und Kooptation sowie die Gewährleistung von Sicherheit und wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Historische Modelle liefern ebenso Erklärungsansätze: Ein umfassender gesellschaftlicher Umbruch und der Zerfall sozialer Milieus begründen auch heute das Fundament autokratischer Staaten. Diese Befunde führen dazu, die grundsätzliche Überlegenheit des demokratischen Modells auf seine Gültigkeit zu überprüfen.

Bernd Simon

Identität und Macht

Wann und warum Repression akzeptiert wird

Macht wird in der älteren Sozialpsychologie meist als Abhängigkeitsverhältnis beschrieben: als Kontrolle über bestimmte Ressourcen, von denen andere abhängen. Dieser Ansatz erklärt jedoch nicht die Gründe einer solchen Abhängigkeit. Ihr liegen stets eine gemeinsame Identität und ein damit verbundener Konsens zwischen Kontrollierenden und Kon-

trollierten zugrunde. Diese kollektive Identität, die dem Einzelnen erst eine sinnvolle soziale Existenz ermöglicht, motiviert Menschen, auch Herrschaft und Repression zu akzeptieren. Doch kollektive Identitäten tragen auch den Keim des Widerstands gegen die Macht in sich. Der Missbrauch der kollektiven Identität, etwa in Form gebrochener Versprechen, ruft die politische Konkurrenz auf den Plan.

Dirk Jörke

Staatsgröße und Regierungsform

Russland im Blick Herodots und Montesquieus

In der politischen Ideengeschichte haben etliche Denker über den Zusammenhang zwischen der Größe eines Landes und seiner Regierungsform nachgedacht. Zu Klassikern wurden Herodot und Montesquieu. Wendet man ihre Überlegungen auf das heutige Russland an, so zeigt sich, dass die Staatsgröße in ihrer Bedeutung zwar relativiert werden muss, aber auch nicht völlig vernachlässigt werden darf.

Nikolaj Petrov

Legitimität, Repression, Kollaps

Entwicklungsstadien des Putin-Regimes

Die Ursache der Annexion der Krim durch Russland ist nicht außenpolitischer, sondern innenpolitischer Natur. Die bisherigen Methoden des Putin-Regimes, sich Legitimität zu sichern, funktionieren nicht mehr. An die Stelle der Simulation und Imitation demokratischer Verfahren soll nun die Zustimmung der Bevölkerung zu Putin als »Heerführer« treten. Dies geht einher mit der Inszenierung Russlands als »belagerter Festung«. Aus einem hybriden System ist ein offen autoritäres geworden. Liberale Elemente in Wirtschaft und Gesellschaft werden bekämpft. Offene Repression gewinnt an Bedeutung. Dieser Weg führt in die Sackgasse. Das Regime kann einige Zeit darin verweilen, bevor das Land in eine Krise stürzt, die zur Ablösung des Systems führen wird.

Cameron Ross

Das Paradox: Putins populäre Autokratie

Legitimitätsquellen in einem hybriden Regime

Die verbreitete Annahme, dass Autokratien per se illegitim sind und dass die Menschen demokratische Ordnungen gegenüber autokratischen bevorzugen, ist historisch falsch. Das zeigt sich auch in Russland unter Putin. Trotz des Abbaus demokratischer Rechte in seiner Amtszeit ist Putin in der Lage, sich breite Legitimität in der Bevölkerung zu sichern. Max Webers klassische Idealtypen von Legitimität greifen zu kurz, um diese Unterstützung zu erklären. Putin und sein autoritäres Regime schöpfen sie aus der Stabilität der politischen Ordnung und der wirtschaftlichen Prosperität, was sich zu einer sogenannten Performanzlegitimität verdichtet. Zunehmend wichtiger wird der Nationalismus von oben. Doch diese Quelle politischer Legitimität ist prekär, weil sie das Potential birgt, ethno-politische Spannungen zu verschärfen.

Boris Makarenko

Repressionsindolenz

Politische Kultur und autoritäre Herrschaft in Russland

Russlands Gesellschaft ist von einer tiefen Schizophrenie geprägt. Auf der einen Seite sehen viele Bürger den Staat und das herrschende Regime sehr kritisch. Auf der anderen Seite unterstützen sie dieses Regime und dulden die Repression von freier Meinungsäußerung und politischer Opposition. Diese Spaltung ist Ausdruck einer über Jahrhunderte entstandenen politischen Kultur, in der Widerstand gegen den Staat als zwecklos gilt. Eine solche Untertanenkultur muss aber keineswegs für immer bestehen. Allerdings haben die herrschenden Eliten ein Interesse an ihrer Erhaltung. Seit 2011 dennoch eine Protestbewegung entstanden ist, reagiert das Regime massiv: mit simulierten Reformen, vor allem aber mit erheblich verschärften Repressionen sowie einer Mobilisierung durch Propaganda. Angst und demonstrative Loyalitätsbekundungen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Legitimität des Regimes geschwunden ist.

Andrei Melville

Der Herr des Hügels

Stabilität und Fragilität postsowjetischer Regime

Anders als Demokratien können Autokratien nur stabil sein, wenn sie die materiellen Erwartungen der Bevölkerung befriedigen. Dazu benötigen sie leistungsfähige staatliche Institutionen. Das stellt autokratische Herrscher vor ein

Dilemma: Solche Institutionen gefährden die intransparente Verteilung von Ressourcen an die Machtelite, auf die sich das Regime stützt. Auch sind Autokratien daher äußerst anfällig für Verwerfungen der Weltwirtschaft. In Krisensituationen können sie mit einer teilweisen Öffnung des Regimes für breitere Elitenkreise reagieren. Versuchen sie, den Status quo zu erhalten, drohen Stagnation und Verfall oder eine offene Diktatur.

Valerij Ledjaev

Konsens, Manipulation, Gewalt, Zwang

Das Kontinuum der Legitimitätsschöpfung

Eine politische Ordnung gilt als legitim, wenn die Bürger sie anerkennen und bereit sind, den Entscheidungen der Herrschenden Folge zu leisten. Diese Bereitschaft wird gewöhnlich als Ergebnis einer bewussten und freien Entscheidung verstanden. Dies ist keineswegs immer so. Sie kann auch auf Gewalt, Zwang oder Terror beruhen. Autoritäre Ordnungen bedienen sich heute anderer Methoden. Machtpraktiken wie Beeinflussung, Imitation und Manipulation sowie die Verfügungsgewalt der Herrschenden über die zentralen Apparate zur Reproduktion ihrer Hegemonie wie das Bildungssystem, die Medien oder die Armee spielen eine zentrale Rolle, um Legitimität zu erzielen.

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>